

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss (HGB)
zum 31. Dezember 2011

20
11

The logo consists of a stylized graphic of three curved lines in blue, red, and yellow, followed by the word "Postbank" in a bold, blue, sans-serif font.

 Postbank

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

2	Lagebericht
36	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011
38	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011
40	Anhang
76	Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Organisation und Steuerung

Geschäftstätigkeit, wichtige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Gruppe Teil des Konsolidierungskreises der Deutschen Bank, die mehr als 50 % der Postbank Aktien hält.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit zum Jahresende 2011 1.088 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG befindet sich in Hameln.

Im europäischen Ausland ist die Postbank im Privatkundengeschäft in Luxemburg und in Italien vertreten.

In den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Postbank außerdem mit Tochtergesellschaften in Luxemburg und New York sowie mit einer Niederlassung in London vertreten.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, gemessen am bilanziellen Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Kooperationen mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die Kooperation mit der Mehrheitsaktionärin Deutsche Bank AG, die im Jahr 2008 aufgesetzt und kontinuierlich intensiviert wurde und wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Anbieter insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Außerdem ist die Postbank derzeit der größte Anbieter für das Outsourcing von Zahlungsverkehrsdienstleistungen. Mit – zusätzlich zu ihren eigenen Transaktionen – drei Mandanten und rund 7,6 Milliarden Transaktionen pro Jahr hat sich das Transaction Banking der Postbank eine gute

Wettbewerbsstellung in einem Markt erarbeitet, der von einer vergleichsweise geringen Anbieterzahl gekennzeichnet ist.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Unternehmenssteuerung erfolgt konzernweit durch die Postbank.

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Darin enthalten ist das Ergebnis nach Steuern, das eine Überleitung von der Rentabilitäts- zur Effizienzperspektive ermöglicht.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) – des zentralen Maßstabs für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung – gemessen. Diese stellt das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den Gesamterträgen (ohne die Sonstigen Erträge) vor Risikoversorge dar.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragsgröße im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Ertrags- und Aufwandsgößen. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank Risiko-Rendite-Kennzahlen für die interne Steuerung. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital berechnet (RoReC) und bildet bereits auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage. Eine Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals (RoRaC) befindet sich derzeit in Umsetzung, erste Kennzahlen werden über Näherungslösungen seit Mitte 2011 ermittelt. Beide Ressourcen werden mit Verzinsungsansprüchen belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und vom Konzern insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert zusätzlich die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

I Angaben nach § 289 Abs. 4 und erläuternder Bericht

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2011 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen derzeit Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hält mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH und die DB Valoren S.à.r.l. bzw. die DB Equity S.à.r.l., wie am 3. Januar 2011 in einer WpHG-Meldung mitgeteilt, 51,98 % der Aktien der Deutschen Postbank AG.

Die Deutsche Post AG, Bonn, hielt am 31. Dezember 2011 einen Anteil von ca. 39,5 % an der Postbank.

Der an den Börsen gehandelte Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 8,5 %.

Am 27. Februar 2012 wird eine Pflichtumtauschleihe der Deutschen Post AG fällig. Hierbei bezieht die Deutsche Bank AG weitere 27,4 % der Aktien (60.000.000 Aktien) der Postbank. Über weitere 12,1 % (26.417.432 Aktien) wurden Optionsgeschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Post AG geschlossen. Der Ausübungszeitraum für die Call-Option reicht vom 28. Februar 2012 bis zum 25. Februar 2013; das Datum ihres Verfalls ist der 25. Februar 2013.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die satzungsmäßige Voraussetzung für eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien geschaffen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der erwähnten Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmit-

gliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Postbank hat mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx Aktiengesellschaft und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können von PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Postbank erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollerwerb der Postbank oder indirekt durch Kontrollerwerb an einem direkt oder indirekt die Postbank beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte die PBV Lebensversicherung AG, die PB Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Postbank und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Das vorgenannte Vertragsverhältnis ist durch die mittelbare Übernahme von insgesamt ca. 52 % der Aktien der Postbank durch die Deutsche Bank AG (vgl. oben) nicht berührt worden und von der Talanx Aktiengesellschaft oder ihren Töchtern PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft nicht gekündigt worden.

Entschädigungsvereinbarung bei Übernahmeangeboten

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Postbank.

I § 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de/ir abrufbar.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Das Vergütungssystem wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 an die regulatorischen Vorgaben der am 13. Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) angepasst. Hierbei wurden aktienbasierte Vergütungskomponenten in Verbindung mit einer gesonderten Sperrfrist sowie ratierliche Auszahlungstermine für die mit langfristiger Anreizwirkung versehenen Komponenten eingeführt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Postbank unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütungshöhe ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütung ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung.

Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung wird – wie bereits vor der Anpassung des Vergütungssystems –, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig ausgezahlt. Sie ist weiterhin aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente mit einem Anteil von 40 % und eine Langfristkomponente mit einem Anteil von 60 %.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr nach Feststellung der Zielerreichung ausgezahlt (Kurzfristkomponente I).

Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien der Postbank (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Postbank des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wird der Eurobetrag anhand des dann aktuellen Xetra-Schlusskurses der Aktie der Postbank ermittelt und ausgezahlt. Zudem entfällt auf die virtuellen Aktien der Postbank ein Dividendenäquivalent, das der tatsächlichen ausgeschütteten Dividende entspricht.

Die Langfristkomponente steht nach wie vor insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernserfolgs sowie des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums und ist weiterhin an einen mehrjährigen Bemessungszeitraum geknüpft. Im ersten Jahr, das auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgt, wird das Erreichen der festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt. In den folgenden drei Jahren schließt sich die Nachhaltigkeitsphase an, während derer das vom Aufsichtsrat – gemäß den regulatorischen Vorgaben – zu Beginn dieser Phase festgelegte Nachhaltigkeitskriterium erfüllt werden muss. Dies ist das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernserfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich dem Wert oder besser oder am Ende der Nachhaltigkeitsphase durchschnittlich kumuliert besser als im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum zur Hälfte in bar ausgezahlt (Langfristkomponente I) und zur Hälfte in virtuelle Aktien der Postbank (Langfristkomponente II) umgewandelt werden.

Ist das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt, erfolgt die Auszahlung der Barkomponente sofort nach Feststellung durch den Aufsichtsrat. Die in virtuelle Aktien der Postbank umgewandelte zweite Hälfte der Langfristkomponente wird entsprechend der oben für die Kurzfristkomponente II beschriebenen Vorgehensweise behandelt.

Wird in einem Jahr das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die entsprechende Tranche der Langfristkomponente in das folgende Jahr verschoben. Die Auszahlungsfähigkeit wird dann erneut anhand des Nachhaltigkeitskriteriums geprüft. Ist das Nachhaltigkeitskriterium nach Ablauf des dritten Folgejahres – d.h. des letzten Jahres der Nachhaltigkeitsphase – nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller verschobenen Komponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System). Ferner besteht ein zusätzliches Malus-System, wonach die Auszahlung von noch ausstehenden Tranchen bzw. erfolgsabhängigen Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des jeweiligen Vorstandsmitglieds während der Nachhaltigkeitsphase rückwirkend gesenkt werden oder ganz entfallen kann. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Die Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2011

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang.

I Mitarbeiter

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2011, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 4.320 Mitarbeiter, das waren 123 weniger als am 31. Dezember 2010. In der Gesamtzahl enthalten ist ein Anteil von etwa 33 % aktive Beamte. 17,7 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2011 belief sich auf rund 7,3 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 20 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

I Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2011

Weltwirtschaft blieb auf Wachstumskurs

Die Weltwirtschaft hat ihren Aufschwung im Jahr 2011 fortgesetzt. Die hohe Dynamik des Vorjahres konnte jedoch nicht gehalten werden. Eine wesentliche Stütze der globalen Konjunktur blieben die Emerging Markets, auch wenn sich deren Wachstum im Jahresverlauf etwas abschwächte. In den Industrieländern erlitt die Konjunktur hingegen einen Rückschlag. Dabei zeigten sich – wie bereits im Vorjahr – außergewöhnlich große Unterschiede zwischen den Regionen sowie einzelnen Ländern: Während einige der entwickelten Länder hohe Zuwachsraten erzielen konnten, fielen andere in die Rezession zurück. Insgesamt stieg die globale Wirtschaftsleistung 2011 laut IWF um 3,8 % nach 5,2 % im Vorjahr.

In den Vereinigten Staaten von Amerika geriet die Erholung der Konjunktur im Berichtsjahr ins Stocken. Im ersten Halbjahr kam die Wirtschaft kaum über die Stufe der Stagnation hinaus, belebte sich dann aber im weiteren Jahresverlauf. Positiv entwickelten sich in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen, während die Bauinvestitionen nach wie vor weitgehend stagnierten. Der private Verbrauch wuchs erneut nur verhalten, und auch vom Außenhandel gingen per saldo keine nennenswerten Impulse aus. Der rückläufige Staatsverbrauch sowie die Lagerinvestitionen belasteten das Wachstum zudem deutlich. In der Folge wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2011 nur um mäßige 1,7 %.

Die asiatischen Schwellenländer erzielten mit knapp 8 % auch im Berichtsjahr eine hohe Wachstumsrate. Mit einem BIP-Wachstum von 9,2 % erreichte China erneut einen Spitzenwert, auch wenn das Tempo des Aufschwungs nachgelassen hat. Die japanische Wirtschaft litt 2011 unter den Folgen des schweren Erdbebens und des Tsunamis, die sich im März ereignet hatten. Die Wirtschaftsleistung ging im ersten Halbjahr stark zurück. Die deutliche Erholung in der zweiten Jahreshälfte konnte dies nicht ausgleichen. In der Folge kam es im Berichtsjahr in Japan zu einem spürbaren Rückgang des BIP.

Der Euroraum verzeichnete 2011 ein verhaltenes BIP-Wachstum von 1,6 %. Nach einem sehr guten Jahresauftakt entwickelte sich die Konjunktur ab dem zweiten Quartal vergleichsweise schwach. Bremsende Effekte gingen von der nachlassenden globalen Dynamik, vor allem aber von der weiteren Verschärfung der Staatsschuldenkrise aus, die zu einem erhöhten Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte führte. In der Folge stagnierten die Staatsausgaben nahezu. Der private Verbrauch weitete sich nur geringfügig aus. Wachstumsimpulse kamen dagegen von den Exporten sowie von den Bruttoanlageinvestitionen. Wie bereits im Vorjahr entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in den einzelnen Ländern des Euroraums sehr unterschiedlich. Während Deutschland und Österreich hohe Wachstumsraten erzielten, verzeichnete z. B. Italien nur ein schwaches Wachstum. Griechenland und Portugal gerieten sogar in eine Rezession.

Deutschland erlebt die Fortsetzung des Aufschwungs

Die deutsche Konjunktur blieb 2011 robust, das BIP-Wachstum erreichte 3,0 %. Dabei stand der Aufschwung auf einer sehr breiten Basis. Impulse lieferte erneut der Außenhandel. Die Exporte legten stark zu. Obwohl auch die Importe kräftig stiegen, steuerte der Außenhandel 0,8 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Ein beachtlicher Zuwachs war zudem bei den Bruttoanlageinvestitionen zu verzeichnen. Besonders kräftig zogen dabei die Ausrüstungsinvestitionen an. Aber auch die Bauinvestitionen wurden stark ausgeweitet; zu einem Teil war dies allerdings den für das Baugewerbe günstigen Witterungsverhältnissen zu verdanken. Besonders ausgeprägt war der Zuwachs bei den gewerblichen Bauinvestitionen, doch auch im Wohnungsbau wurde eine hohe Wachstumsrate erzielt. Demgegenüber gingen die staatlichen Bauinvestitionen zurück.

Der private Verbrauch expandierte 2011 in Deutschland moderat. Einem besseren Ergebnis stand vor allem die deutlich auf 2,3 % gestiegene Inflationsrate entgegen. Profitieren konnte der private Verbrauch hingegen von dem Aufschwung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 % zurück. Die Zahl der Arbeitslosen fiel um durchschnittlich 263.000 auf 2,976 Millionen, während die Zahl der Erwerbstätigen sogar um mehr als eine halbe Million auf über 41 Millionen kletterte.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2011 in Deutschland günstiger, in anderen großen Volkswirtschaften dagegen ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die Ausweitung der Staatsschuldenkrise in den Eurostaaten und in anderen wichtigen Industrieländern führte zu starken Verwerfungen an den globalen Märkten. Eine weitere Belastung stellten die sich eintrübenden Konjunkturperspektiven dar. Die Konjunkturerwartungen waren zu Jahresbeginn noch positiv, wichen dann jedoch zeitweise der Befürchtung, die Weltwirtschaft könnte in die Rezession zurückfallen.

Die internationalen Aktienmärkte zeigten 2011 insgesamt ein schwaches Bild. Nachdem die Kurse zu Jahresbeginn noch gestiegen waren, brachen die Notierungen im August regelrecht ein. Ausgelöst wurden die Kursverluste zum einen durch die wachsende Furcht vor einer globalen Rezession und zum anderen durch die Verabschiedung eines weiteren Hilfspaketes für Griechenland, das erstmals einen Forderungsverzicht unter Beteiligung privater Gläubiger beinhaltete. Ihre Tiefpunkte erreichten die führenden Aktienindizes im September bzw. Anfang Oktober 2011. Zu der Erholung, zu der es im weiteren Jahresverlauf kam, trug nicht zuletzt bei, dass sich die Rezessionsängste als übertrieben herausstellten. Dennoch büßte der DAX im Verlauf des Jahres 2011 fast 15 % ein. Der EURO STOXX 50, der einen höheren Anteil an Finanzaktien aufweist, gab sogar um gut 17 % nach. Deutlich besser behauptete sich dagegen die Wall Street. Der S&P 500 beendete das Jahr, verglichen mit dem Vorjahresultimo, nahezu unverändert. Unter der erhöhten Unsicherheit litten auch Unternehmensanleihen. Die Risikoaufschläge stiegen im Verlauf des Berichtsjahres. Anleihen mit schwachen Ratings waren hiervon stärker betroffen als Anleihen mit hoher Bonität. Allerdings blieben die Risikoaufschläge jeweils weit unter ihren in der Finanzkrise 2008/2009 erreichten Höchstständen.

Im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsländer weiteten sich die Verwerfungen im Jahr 2011 weiter aus. Im April musste nach Griechenland und Irland auch Portugal Finanzhilfen beantragen, und zwar im Volumen von 78 Mrd €. Im Juli wurde ein zweites Hilfspaket für Griechenland mit einem Gesamtvolumen von 109 Mrd € vereinbart, das u. a. einen freiwilligen Verzicht privater Gläubiger – beispielsweise der Banken – auf 21 % ihrer ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen beinhaltete. Aber auch diese Beschlüsse konnten die Märkte nicht nachhaltig beruhigen. Die Risikoaufschläge, insbesondere für griechische, portugiesische, italienische und spanische Staatsanleihen, stiegen nach einer kurzen Phase der Entspannung weiter an. Die EZB reaktivierte daraufhin ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsländer und dehnte es auf spanische und italienische Anleihen aus. Trotz umfangreicher Käufe der EZB beschleunigte sich die Ausweitung der Renditeaufschläge im Herbst deutlich. Im Falle Griechenlands wuchsen die Zweifel, ob die vereinbarten Maßnahmen für eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen ausreichen. Ende Oktober 2011 verkündete der Europäische Rat dann auch eine Änderung seiner Beschlüsse vom Juli und erhöhte u. a. die Forderung nach einem freiwilligen Verzicht privater Gläubiger auf 50 % ihrer ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen. Verstärkt in den Fokus der Märkte geriet vor allem auch Italien, dessen Fähigkeit zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Staatshaushalts zunehmend kritisch bewertet wurde. Die Risikoaufschläge für italienische, aber auch für spanische Staatsanleihen erreichten daraufhin neue Höchststände. Gegen Jahresende bildeten sich die Risikoaufschläge wieder leicht zurück. Hierzu beigetragen haben die Ankündigung von Sparmaßnahmen der neuen italienischen Regierung, fortgesetzte Anleihekäufe der EZB sowie ein Maßnahmenpaket der EZB zur Lockerung der zunehmend angespannten Liquiditätsversorgung europäischer Banken.

Das sich rasch ändernde Umfeld veranlasste die EZB 2011 gleich zwei Mal zu einem Strategiewechsel. Aufgrund der zunächst noch positiven konjunkturellen Entwicklung bei einer gleichzeitig deutlich anziehenden Inflationsrate erhöhte sie im April – erstmals seit 2008 – ihren Leitzins. Im Juli folgte eine weitere Anhebung, sodass der Leitzins in den ersten sieben Monaten des Jahres um 0,5 Prozentpunkte auf 1,50 % stieg. Mit der Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise schaltete die EZB – entgegen unseren früheren Erwartungen – dann wieder auf einen verstärkten Expansionskurs um. Wie bereits oben ausgeführt, reaktivierte sie im August ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen und weitete dieses sogar noch einmal aus. Im Oktober legte sie zusätzlich ein Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen auf und schrieb zudem erneut Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwölf Monaten aus. Im November folgte eine erste Senkung des Leitzinses auf 1,25 %, im Dezember eine weitere Reduzierung auf 1,0 %. Ergänzt wurde dieser Beschluss durch eine Senkung des Mindestreservesatzes von 2,0 % auf 1,0 %. Zudem bot die EZB den Banken erstmals Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von drei Jahren an. Der Leitzins lag damit Ende 2011 zwar wieder auf dem Niveau des Jahresbeginns, die Vielzahl der beschlossenen Sondermaßnahmen hat die Geldpolitik der EZB jedoch deutlich expansiver gemacht. Die Geldmarktzinsen stiegen aufgrund der Leitzinserhöhungen im Berichtsjahr zunächst an. Gegen Jahresende gingen sie dann im Zuge der geldpolitischen Maßnahmen der EZB wieder zurück. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2011 um rund 0,35 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Im Gegensatz zur EZB hielt die US-Notenbank (Fed) an ihrem Kurs fest. Ihr Leitzins lag 2011

mehr oder weniger konstant bei 0 % bis 0,25 %. Die Fed beendete ihr Ankaufprogramm von US-Staatsanleihen im Volumen von 600 Mrd US \$ planmäßig zur Jahresmitte, nahm anschließend jedoch Umschichtungen in längere Laufzeiten vor, um das Renditeniveau am langen Ende des Kapitalmarkts zu drücken. Die Fed überraschte die Marktteilnehmer allerdings mit ihrer Ankündigung, das Leitzinsniveau noch auf dem derzeitigen Niveau halten zu wollen, sofern Inflation und Konjunktur dem nicht entgegenstünden. Die Fed strebt damit an, die Kapitalmarktrenditen auf niedrigem Niveau zu halten und die Unsicherheit an den Finanzmärkten zu reduzieren.

Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland wurde von der Staatsschuldenkrise im Euroraum dominiert, wobei Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland von ihrem Ruf als „sicherer Hafen“ profitierten. So gab die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen ab der Jahresmitte 2011 massiv nach und markierte im September mit 1,67 % ein historisches Tief. Nachfolgend zog sie allerdings unter starken Schwankungen wieder leicht an. Per saldo sank die Rendite im Berichtsjahr dennoch um mehr als 1,1 Prozentpunkte auf 1,83 %. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen fiel im gleichen Zeitraum sogar deutlicher, als von uns erwartet, um gut 1,4 Prozentpunkte auf rund 1,9 %. Die Zinskurven sind damit sowohl in Deutschland als auch in den USA deutlich flacher geworden.

An den Devisenmärkten wertete in den ersten Monaten des Jahres, als die Konjunktur in der EWU sich noch solide zeigte und die EZB-Leitzinserhöhungen begannen, der Euro gegenüber dem Dollar deutlich auf. Ausgehend von einem Kurs von knapp 1,34 US \$, erreichte der Euro im Mai sein Jahreshoch von knapp 1,49 US \$. Als Folge der Verschärfung der Schuldenkrise und der deutlich expansiveren EZB-Geldpolitik geriet der Euro jedoch ab September unter einen kräftigen Abwertungsdruck. Am Jahresende notierte er mit knapp 1,30 US \$ um 3,0 % niedriger als zum Vorjahresultimo.

Die Märkte entwickelten sich abweichend von unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2011 von einer leichten Anhebung des EZB-Leitzinses und einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen im Euroraum ausgegangen. Die Zinskurve verflachte sich stärker, als von uns prognostiziert.

Branchensituation

Das dominierende Thema für den europäischen Bankensektor war auch im zweiten Halbjahr 2011 die Schuldenkrise in den sogenannten Peripheriestaaten des Euroraums. Im Fokus stand und steht dabei weiterhin vor allem Griechenland. Seit Monaten verhandelt die griechische Regierung mit privaten Banken, die in griechische Staatsanleihen investiert haben, über die Modalitäten eines freiwilligen Forderungsverzichts in Höhe von 50 %. Nach unserer Ansicht sollten die betroffenen deutschen Institute auf diese Bestände bereits entsprechende Abschreibungen bilanziert haben. Die Krise in den sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) wirkte sich auch belastend auf andere Eurostaaten – wie z. B. Frankreich – aus, sodass nicht nur die Anleihekurse der direkt betroffenen Länder unter Druck gerieten.

Die European Banking Authority (EBA) hat die anhaltende Staatsschuldenkrise zum Anlass genommen, Ende 2011 europäische Banken einem weiteren Stresstest zu unterziehen. Aufgrund der Einbeziehung in den Konzern Deutsche Bank wurde die Postbank als einzelnes

Institut nicht diesem Stresstest unterzogen. Die Stresstest-Ergebnisse der europäischen Banken wurden am 8. Dezember 2011 veröffentlicht. Dem Test zugrunde gelegt wurden die Marktwerte der Staatsanleihen der Euro-Peripherieländer zum 30. September 2011. Auf der Basis der hierbei ermittelten vorzunehmenden Abschreibungen stellte die EBA eine Kapitalücke in Höhe von insgesamt 114,7 Mrd € bei den untersuchten Instituten fest. 31 der 71 getesteten Banken verfehlten die geforderte harte Kernkapitalquote von 9 %. Für deutsche Kreditinstitute wurde eine Gesamtkapitalücke von 13,1 Mrd € ermittelt. Als Ergebnis eines Schnelltests auf Basis vorläufiger Berechnungen zum Stichtag 30. Juni 2011 hatte die EBA am 26. Oktober 2011 den Kapitalbedarf deutscher Institute noch mit einem Wert von 5,2 Mrd € angegeben. Der deutliche Anstieg des berechneten Kapitalbedarfs liegt primär darin begründet, dass die EBA den Banken bei ihrem Test zum Ende des Berichtsjahres nicht mehr wie zuvor gestattete, Kursgewinne – z. B. bei deutschen Staatsanleihen – mit Kursverlusten bei Anleihen der Peripheriestaaten zu saldieren. Die 31 betroffenen Kreditinstitute wurden verpflichtet, den für sie zuständigen nationalen Bankenaufsichtsbehörden bis zum 20. Januar 2012 detailliert darzulegen, wie sie die jeweilige Kapitalücke schließen wollen. Die Rekapitalisierung muss bis zum 30. Juni 2012 abgeschlossen sein.

Das von den G20-Staaten eingesetzte Financial Stability Board stufte Anfang November 2011 weltweit 29 Kreditinstitute als systemrelevant ein, darunter die Deutsche Bank und die Commerzbank. Für diese 29 Institute sollen höhere Anforderungen in Bezug auf das vorzuhaltende Eigenkapital gelten, als nach Basel III bereits vorgesehen. Im Gespräch sind Zuschläge in Höhe von 1 Prozentpunkt bis zu 3,5 Prozentpunkten je nach Institut. Die Regeln sollen schrittweise ab 2016 umgesetzt werden.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite stieg in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 um 2,6 % auf 2.414 Mrd €, nachdem es im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres leicht gesunken war. Deutlich überproportional um 5,2 % auf 985 Mrd € wurden die Kredite an Unternehmen ausgeweitet, nachdem das Volumen im Vorjahr noch geschrumpft war. In dieser Entwicklung dürfte vor allem die rege Investitionstätigkeit ihren Niederschlag gefunden haben. Dagegen erhöhten sich die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen lediglich um 0,4 % auf 382 Mrd €, womit sich die sehr verhaltene Vorjahresentwicklung in diesem Marktsegment fortsetzte. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen um 1,0 % auf 1.033 Mrd €, womit der Zuwachs stärker ausfiel als im Vorjahr. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 0,9 % auf 803 Mrd € gesteigert. Eine kräftigere Erhöhung um 3,9 % auf 192,4 Mrd € war allerdings im Gesamtjahr 2011 im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden zu verzeichnen. Ein klarer Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ist nicht erkennbar.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2011 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich um 5,0 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab sogar um 6,5 % nach. Der hier bereits im Vorjahr zu registrierende positive Trend verstärkte sich damit noch. Dies dürfte insbesondere auf das kräftige Wirtschaftswachstum in Deutschland zurückzuführen sein. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließ-

lich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 4,6 %, nachdem es hier im Vorjahr noch zu einem kräftigen Anstieg gekommen war. Die deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit und vergleichsweise kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen dürften sich hierbei positiv ausgewirkt haben. Die Staatsschuldenkrise hatte im Jahr 2011 auf die Insolvenzentwicklung in Deutschland keinen erkennbaren Einfluss.

Der deutsche Bankenmarkt zeichnet sich weiterhin aus durch eine klare Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten. Nennenswerte Bewegungen zwischen den Säulen waren nicht zu verzeichnen. Die EU-Kommission hat den im Februar 2011 vorgelegten Restrukturierungsplan für die WestLB im Dezember 2011 genehmigt, der die Aufspaltung der Landesbank in drei Teile vorsieht: eine Verbundbank, eine Service- und Portfoliomanagementbank sowie in eine bis zum 30. Juni 2012 zu verkaufende oder abzuwickelnde Restbank.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir die drei im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2011 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Institute erwirtschafteten im Betrachtungszeitraum sowohl operativ als auch nach Steuern Überschüsse. Allerdings übertrafen diese nur bei zwei Häusern die entsprechenden Vorjahreswerte. Ebenfalls konnten nur zwei der vier Banken die Eigenkapitalrendite nach Steuern und die Aufwand-Ertrags-Quote verbessern. Die Mehrheit der Institute sah sich mit einem gestiegenen Verwaltungsaufwand konfrontiert, und bei zwei Banken schrumpfte das Handelsergebnis. Dagegen erzielten alle Häuser eine Steigerung des Zinsüberschusses nach Risikovorsorge und drei von ihnen eine Verbesserung des Provisionsergebnisses. Aussagen zum Verlauf des vierten Quartals wären aufgrund der mit der Staatsschuldenkrise voraussichtlich verbundenen Wertberichtigungen mit großen Unsicherheiten behaftet.

Im Jahr 2011 verlor der DAX knapp 15 % an Wert. Die Aktien der drei großen im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken verzeichneten eine noch schwächere Kursentwicklung als der deutsche Leitindex. Die Aktie der Postbank entwickelte sich hingegen im genannten Zeitraum besser als der DAX und die Dividendenpapiere der anderen Institute – sie konnte einen beträchtlichen Kurszuwachs von 16 % erzielen. Die Aktien aller vier von uns betrachteten Banken notierten weiterhin unter ihren jeweiligen Kursniveaus vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2011

1. Februar 2011: Herr Dr. Hugo Bänziger wird Mitglied des Aufsichtsrats der Postbank.

8. Februar 2011: Die Postbank emittiert einen weiteren Jumbo-Hypothekendarlehenbrief im Volumen von 1,0 Mrd €. Die Emission hat eine Laufzeit von zehn Jahren und war 2,5-fach überzeichnet.

9. Februar 2011: Der Aufsichtsrat der Postbank beruft Herrn Hanns-Peter Storr zum 1. März 2011 in den Vorstand. Er hat die Funktion des Chief Risk Officer (CRO) inne.

24. Mai 2011: Die Hauptversammlung der Postbank stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen mit breiter Mehrheit zu.

17. Juni 2011: Der Aufsichtsrat beruft mit Wirkung zum 1. Juli 2011 Herrn Frank Strauß in den Vorstand. Als Vertriebsvorstand fällt das Geschäft mit den Firmenkunden und den Geschäftskunden der Postbank sowie das Geschäftsfeld gewerbliche Immobilienfinanzierung in seinen Zuständigkeitsbereich. Darüber hinaus ist er für den Mobilien Vertrieb der Bank verantwortlich.

16. September 2011: Die Postbank wechselt vom Prime Standard der Deutschen Börse in deren General Standard. Hiermit gehen reduzierte Berichtspflichten einher.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2011

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien Geschäftsentwicklung, gesetzliche Anforderungen und Lifecycle gegliedert.

Dem Investitionsbereich „Geschäftsentwicklung“ zuzuordnen sind unsere Investitionen im Rahmen des Strategieprogramms Postbank4Future zum weiteren Ausbau der Vertriebskanäle und der Kundenbediensysteme sowie Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalbelastung aus dem Kreditgeschäft. Die Aktivitäten gemäß Postbank4Future wurden 2011 erfolgreich abgeschlossen.

Unsere Investitionen zur Umsetzung gesetzlicher Anforderungen konzentrierten sich im Berichtsjahr auf Anpassungen an veränderte und zusätzliche gesetzliche und regulatorische Anforderungen, die Fortsetzung der Umsetzung von SEPA sowie Anpassungen im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer und der standardisierten Werbeerlaubnis.

Unsere lifecycle-bezogenen Investitionen richteten sich auf eingesetzte Software und Systeme. Im August 2011 wurde erfolgreich der Release-Wechsel der IT-Kernsysteme auf die aktuelle SAP-Version „Banking Services 7.0“ durchgeführt. Dies war zugleich ein weiterer Schritt hin zu dem Ziel, die Kooperation mit der Deutschen Bank im Feld der IT voranzutreiben und darüber hinaus langfristig Kostenvorteile für die Postbank zu generieren.

I Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Erfolgsrechnung

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Postbank einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 119 Mio € (Vorjahr: 344 Mio €) erzielt.

Abschreibungen und realisierte Verkaufsverluste auf griechische Staatsanleihen in Höhe von 495 Mio € haben die ansonsten gute Entwicklung im Geschäftsjahr 2011 belastet. Die Postbank hat auf diese Positionen eine Abschreibung auf 27 % des Nennwertes vorgenommen und trägt damit den aktuellen Entwicklungen in der Schuldenkrise des Staates Griechenland Rechnung.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen – im Wesentlichen aufgrund integrationsbedingter Einmaleffekte – gegenüber dem Vorjahresniveau an. Dagegen profitierte die Bank von einer nochmals rückläufigen Risikoversorge im Kreditgeschäft.

Der Ergebnisbeitrag aus dem Kundengeschäft blieb trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen insgesamt stabil.

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Im Geschäftsjahr 2011 ist mit 2.532 Mio € (Vorjahr: 2.565 Mio €) ein leichter Rückgang des Zinsüberschusses gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Im Kundengeschäft zeigte sich eine erfreuliche Entwicklung. Der Zinsüberschuss konnte von 1.492 Mio € um 48 Mio € auf 1.540 Mio € gesteigert werden.

Der Zinsaufwand aus Geschäften mit Derivaten reduzierte sich im Berichtsjahr auf 120 Mio € (Vorjahr: 253 Mio €) und resultiert im Wesentlichen aus dem im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Zinsniveau. Der Zinsüberschuss aus Handelsgeschäften ist von 28 Mio € auf 111 Mio € gestiegen.

Aus dem planmäßigen Abbau unserer Finanzanlagebestände resultierte ein Rückgang des Zinsüberschusses in Höhe von –209 Mio €.

Die laufenden Erträge in Höhe von 406 Mio € (Vorjahr: 489 Mio €) ergeben sich im Wesentlichen aus der Ausschüttung der Spezialfonds (196 Mio €) und unserer Tochtergesellschaft BHW Holding AG (170 Mio €).

Provisionsüberschuss

Im Geschäftsjahr 2011 betrug der Provisionsüberschuss 419 Mio € (Vorjahr: 434 Mio €).

Der Anstieg der Provisionen im Bereich Kartengeschäft konnte den Rückgang des Provisionsüberschusses aus den Bereichen Zahlungsverkehr und Kreditgeschäft nicht vollständig kompensieren.

Der Rückgang im Bereich Zahlungsverkehr ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der Geldeingangsgrenze für eine gebührenfreie Privatgirokontenführung zurückzuführen. Der Rückgang der Erträge aus dem Kreditgeschäft resultiert aus rückläufigen Bearbeitungsgebühren und Avalprovisionen.

Nettoaufwand des Handelsbestands

Für das Geschäftsjahr 2011 weist die Postbank ein negatives Ergebnis aus Handelsbeständen in Höhe von –11 Mio € (Vorjahr: –72 Mio €) aus.

Dieses im Vergleich zum Vorjahr deutlich bessere Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus den gesunkenen Absicherungskosten in Höhe von –36 Mio €, die sich insbesondere aus der Aussteuerung der Fremdwährungspositionen in den Spezialfonds ergeben (Vorjahr: –95 Mio €). In dem Ergebnis der Spezialfonds ergab sich ein gegenläufiger Ergebniseffekt.

Das verbesserte Ergebnis ist auch auf den positiven Ergebnisbeitrag aus Handelstätigkeit in Höhe von 16 Mio € und aus den Dienstleistungen des Auslandszahlungsverkehrs in Höhe von 14 Mio € zurückzuführen.

Im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2011 hat sich der Risikoabschlag auf den Handelsbestand insgesamt um 6 Mio € erhöht. Dies ist aufwandswirksam im Nettoergebnis des Handelsbestands berücksichtigt worden.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 153 Mio € auf 2.563 Mio € (Vorjahr: 2.410 Mio €).

Der Personalaufwand stieg um 114 Mio € auf 812 Mio €. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Bildung von personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 98 Mio € und Rückstellungen für Beamte in Altersteilzeit in Höhe von 74 Mio € zurückzuführen. Bereinigt um diese Sondereffekte, ist der Personalaufwand aufgrund gesunkener Mitarbeiterzahlen rückläufig.

Der Anstieg im Sachaufwand um 39 Mio € auf 1.751 Mio € ist im Wesentlichen auf die von der Postbank im Rahmen des Kooperationsvertrags mit der Deutschen Post AG geleistete Vertriebsvergütung für gestiegene Bestands- und Neugeschäftsprovisionen zurückzuführen.

Bewertungsergebnis

Die Risikovorsorge für Wertpapiere betrug im Berichtsjahr 42 Mio € (Vorjahr: 220 Mio €). Trotz des weiter rückläufigen Zinsniveaus haben Spread-Ausweitungen zu Abschreibungen auf Rentenpapieren in Höhe von –127 Mio € geführt. Durch die im Rahmen des planmäßigen Abbaus von Wertpapieren veräußerten Rentenpapiere konnten Kursgewinne in Höhe von 225 Mio € (Vorjahr: 243 Mio €) realisiert werden.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft betrug im Berichtsjahr –198 Mio € und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert von –393 Mio €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den gesunkenen Risikovorsorgebedarf insbesondere im Firmenkundengeschäft zurückzuführen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Auf griechische Staatsanleihen wurde eine Wertkorrektur auf 27 % des Nominalwertes in Höhe von –453 Mio € vorgenommen. Zudem fielen realisierte Verkaufsverluste in Höhe von –42 Mio € an. Darüber hinaus wurden Verkaufsverluste in Höhe von –31 Mio €, insbesondere bei Rentenpapieren, realisiert. Die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen wurden mit insgesamt –12 Mio € und die BHW Holding AG mit –6 Mio € abgeschrieben.

Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere
Im Rahmen der Übertragung eines Teilgesellschaftsvermögens an unsere Tochtergesellschaft PB Capital Corporation sowie der vorherigen Anteilsrückgabe wurden stille Reserven in Höhe von 59 Mio € realisiert.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen betrug im Berichtsjahr 320 Mio € (Vorjahr: 380 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von

249 Mio € (Vorjahr: 255 Mio €) und Mieterträge in Höhe von 61 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €).

Außerordentliches Ergebnis

Der nach den Vorschriften des BilMoG resultierende Unterschiedsbetrag bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird mit mindestens 1/15 bis spätestens 31. Dezember 2024 zugeführt. Im Geschäftsjahr 2011 betrug die als außerordentlicher Aufwand erfasste Zuführung 4 Mio €.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2011 bei 102 Mio € nach einem Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 661 Mio € im Vorjahr.

Ertragsteuern

Die Erträge aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 17 Mio € (Vorjahr: Aufwand –318 Mio €). Hiervon entfallen 12 Mio € auf Steuern aus Vorjahren und –26 Mio € auf die laufenden Ertragsteuern. Darüber hinaus entfallen 31 Mio € auf Erträge aus latenten Steuern.

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss lag bei 119 Mio € (Vorjahr: 344 Mio €).

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme zum Stichtag 31. Dezember 2011 wird mit 152,3 Mrd € um 20,5 Mrd € niedriger ausgewiesen als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Aktivseite war hauptsächlich durch den Abbau des Wertpapierbestands entsprechend unserer fortgeführten strategischen Neuausrichtung zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität geprägt.

Wesentlich zur Bilanzsummenreduktion hat darüber hinaus der Rückgang der derivativen Finanzinstrumente beigetragen.

Forderungen an Kunden

Im Geschäftsjahr 2011 beliefen sich die Forderungen an Kunden auf 70,2 Mrd € und liegen damit nahezu auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 71,3 Mrd €).

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen, die aus Forderungen an Kreditinstitute, Anlagen im Handelsbestand und Schuldverschreibungen bestehen, beliefen sich auf 65,6 Mrd €.

Entsprechend dem Programm zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität, wurde der Abbau der Wertpapiere weiter fortgeführt und der Bestand um 10,4 Mrd € auf 29,2 Mrd € verringert.

Der Handelsbestand betrug im Geschäftsjahr 18,5 Mrd € und beinhaltet im Wesentlichen Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 12,8 Mrd € (Vorjahr: 3,6 Mrd €) und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 5,4 Mrd € (Vorjahr: 22,6 Mrd €). Der Rückgang der derivativen Finanzinstrumente ist im Wesentlichen auf

die Abtretung und Terminierung von Handelsswaps mit der Deutschen Bank AG in einem Gesamtnominalvolumen in Höhe von 526 Mrd € zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betragen 110,7 Mrd € und waren damit um 1,5 Mrd € niedriger als im Vorjahr.

Der Rückgang der Spareinlagen um 2,5 Mrd € entfällt mit 2,2 Mrd € auf das Produkt „Gewinnsparen“. Dies ist auf die niedrigere Verzinsung zurückzuführen.

Zusätzlich reduzierte sich der Bestand an Schuldscheindarlehen und Namenspapieren um 0,8 Mrd € aufgrund von Endfälligkeiten.

Gegenläufig entwickelten sich die Termineinlagen. Hier ist ein Anstieg von 2,6 Mrd € zu verzeichnen.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und dem Handelsbestand, beliefen sich auf 29,0 Mrd € (Vorjahr: 47,9 Mrd €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 1,6 Mrd € auf 10,1 Mrd € gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Tages- und Termingeldern.

Trotz des im Geschäftsjahr 2011 emittierten Jumbo-Hypothekendarlehenpapiers mit einem Volumen von 1 Mrd € hat sich der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten um 0,8 Mrd € auf 11,3 Mrd € vermindert. Der Rückgang ist auf endfällige Schuldverschreibungen und kurzfristige Geldmarktpapiere zurückzuführen, die nicht wieder aufgelegt wurden.

Der Handelsbestand betrug im Geschäftsjahr 7,6 Mrd € und beinhaltet im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 5,5 Mrd € sowie Geldhandelspositionen in Höhe von 2,1 Mrd €.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten mit einem negativen Marktwert ist im Vergleich zum Vorjahr um 17,7 Mrd € rückläufig. Der Rückgang korrespondiert mit dem Rückgang im aktiven Handelsbestand.

Eigenkapital

Das Eigenkapital am 31. Dezember 2011 betrug 2.740 Mio € nach 2.621 Mio € zum Jahresende 2010.

Der Jahresüberschuss lag im Berichtsjahr 2011 bei 119 Mio € nach einem Jahresüberschuss von 344 Mio € im Vorjahr.

Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands soll der Bilanzgewinn in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

I KWG Grundsätze

Infolge der bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierung durch die Deutsche Bank AG ist die Postbank nicht mehr übergeordnetes Institut einer bankaufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, sondern nachgeordnetes Institut der Deutschen Bank AG; die Postbank Gruppe bildet für sich genommen keine Institutsgruppe mehr. Damit sind die Anwendungsvoraussetzungen des sogenannten Waivers nach § 2a Abs. 6 KWG für die Postbank nicht mehr erfüllt, sodass diese wieder den Vorschriften des § 10 KWG sowie der §§ 13 und 13a KWG auf der Ebene des Einzelinstituts unterliegt. Zum 31. Dezember 2011 beträgt die Tier-I-Quote 8,1 %, die Gesamtkennziffer 14,3 %. Seit dem Meldestichtag 31. Dezember 2010 erstellt die Postbank wieder die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß KWG.

I Nachtragsbericht

Am 10. Januar 2012 sind Deutsche Bank AG und Postbank übereingekommen, in Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen und der Deutschen Postbank AG als beherrschtem Unternehmen einzutreten.

Wir gehen davon aus, dass bei erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 5. Juni 2012 über die Zustimmung zum Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag beschließen kann.

Am 31. Januar 2012 schloss die Postbank mit der norisbank GmbH, Berlin, eine Kooperationsvereinbarung, durch die beide Häuser die Möglichkeit erhalten, die Zusammenarbeit künftig auszubauen.

I Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand Bericht erstattet und zusammenfassend erklärt: „...dass die Deutsche Postbank AG nach den Umständen im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäfts für jede Leistung im Sinne dieses Berichts stets eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Dritten wurden auf Veranlassung oder im Interesse der Deutschen Bank AG bzw. ihrer verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen.“

I Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Nachdem sich die Wirtschaft im Jahr 2011 europaweit solide entwickelt hat und in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein sehr gutes reales Wachstum zeigte, wird für 2012 eine Abkühlung der Konjunktur erwartet. Während sich für Deutschland noch ein schwacher BIP-Anstieg prognostizieren lässt, ist für die Eurozone insgesamt mit einer milden Rezession zu rechnen. Die Liquiditätssituation der Banken im Euroraum dürfte weiterhin angespannt bleiben. Im Laufe des Jahres 2011 wurden immer größere Teile des EWU-Bankensektors abhängig von Liquiditätsmaßnahmen der EZB, in zunehmendem Maße auch Banken in Kerneuropa, speziell in Frankreich und Italien. Die Risikoauflagen auf Staatsanleihen im Euro-Währungsraum, insbesondere in den sogenannten Peripherieländern, verharrten auf hohem Niveau. Darin spiegeln sich zum einen Zweifel an der Zahlungsfähigkeit einiger Staaten, zum anderen aber auch eine allgemeine Risikoaversion wider.

Gesamtbankrisiko

Die eingegangenen Risiken werden regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2011 sind die für Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite stets eingehalten worden. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene der Postbank Gruppe und umfasst folglich die Deutsche Postbank AG (im Folgenden Postbank). Die Risikotragfähigkeit war jederzeit gegeben.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Risikoprofil der Postbank nur marginal verändert. Nachdem die Volatilitäten im zweiten Quartal 2011 zurückgegangen waren, stiegen sie im zweiten Halbjahr erneut deutlich an. Im Zuge dessen haben sich auch die ausgewiesenen Marktpreisrisiken zum Jahresende wieder spürbar erhöht. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde im Berichtsjahr vom positiven konjunkturellen Umfeld begünstigt; dies schlug sich – neben den risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank – positiv in der Risikoversorge nieder. Belastend hingegen wirkten die Abschreibungen auf griechische Anleihen im Rahmen der Schuldenkrise.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch der Postbank beeinträchtigen.

Kreditrisiken

Die Risikoversorge lag 2011 aufgrund des positiven Verlaufs im Kundengeschäft (gutes makroökonomisches Umfeld, gute Verwertungserlöse in der Baufinanzierung) deutlich unter der des Vorjahres. Strategisch hat im Non-Retail-Geschäft weiterhin die Bestandsbetreuung Vorrang vor der Neugeschäftsakquisition. Im Rahmen der strategischen Ausrichtung 2011 hat die Postbank speziell beim Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung die Geschäftsstrategie nochmals geschärft und speziell die Anforderungen an das Neugeschäft als Basis der Risikostrategie erhöht.

Mit Blick auf die aktuelle Verschuldungssituation der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) wird das entsprechende Exposure bei der Postbank sehr eng überwacht. Im Zuge der Griechenlandkrise sind Abschreibungen und realisierte Verkaufsverluste auf griechische Staatsanleihen in Höhe von – 495 Mio € vorgenommen worden. Dies entspricht einer Abschreibung auf 27 % des Nominals.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko der Postbank war im Jahr 2011 von den hohen Volatilitätsschwankungen an den Anleihemärkten geprägt. Nachdem der Value-at-Risk der Marktrisikopositionen im zweiten Quartal 2011 noch deutlich rückläufig war, stieg er im zweiten Halbjahr wieder sukzessive an und lag zum 31. Dezember 2011 über dem Vergleichswert des Vorjahres. Zu dieser Erhöhung trugen insbesondere die sprunghaften Spread-Ausweitungen bei europäischen Staats- und Bankenanleihen bei. Wenngleich die Postbank im Berichtsjahr den Abbau von Finanzanlagen fortgeführt hat, sieht sie ihre Bestände doch weiterhin erhöhten Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu entsprechend negativen Barwerteffekten und einem erhöhten Risikoausweis führen.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die von der Bank ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Struktur der CRO-Bereiche wurde im Berichtsjahr konsequent weiterentwickelt. So wurde zum 1. März 2011 der bisherige CRO-Bereich um die Marktfolgeeinheiten Kredit erweitert und in einem organisatorisch eigenständigen Ressort gebündelt. Das strategische Liquiditätsmanagement wurde im dritten Quartal 2011 in das CRO-Ressort überführt. Die Gesamtleitung des Ressorts wurde dem neu ernannten Vorstand Hanns-Peter Storr (CRO) übertragen. Um den gestiegenen Anforderungen an das Risikomanagement weiter Rechnung zu tragen, wurde die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs auf Basis der im Jahr 2011 angestoßenen strukturellen Veränderungen mit Wirkung vom 1. Januar 2012 angepasst. Im Detail sind die Veränderungen im Kapitel „Organisation des Risikomanagements“, insbesondere in den dortigen Abschnitten „Risikokomitees“ und „Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung“, beschrieben.

Die Postbank hat in den Jahren 2010 und 2011 eine neue Risk Governance zur Verbesserung des Risikomanagements umgesetzt. Dies beinhaltet insbesondere die risikoadjustierte Ertragssteuerung durch die Gremien der Postbank auf Basis eines weiterentwickelten Gesamtbanksteuerungs- und Risikokapitalkonzepts im Rahmen eines Projekts zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts, vor allem im Hinblick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse und den

Einsatz von Risikokapital in der Gesamtbanksteuerung. Die Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept wurden zum 30. Juni 2011 umgesetzt. Zu den Details bezüglich der Ausgestaltung des Risikotragfähigkeitskonzepts wird auf die Abschnitte „Risikotragfähigkeit“ und „Risikokapital“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ verwiesen.

Innerhalb der Kreditrisikosteuerung und -überwachung wurden umfangreiche Projekte zur Weiterentwicklung der Modelle und Prozesse im Kreditgeschäft Retail und Non-Retail umgesetzt. Die prozessspezifischen Arbeiten konnten 2011 bereits abgeschlossen werden. Schwerpunkte bildeten die Validierung und die – bei Bedarf – durchgeführte (Neu-)Kalibrierung der bestehenden Ratingmodelle.

Im Zusammenhang mit dem Projekt „A-IRBA“ strebt die Bank die Zulassung zum fortgeschrittenen Ansatz zur Kreditrisikomessung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls für das Jahr 2012 an.

Die Postbank hat zum Jahresultimo 2011 als neues Kreditportfoliomodell ein marktgängiges Asset-Value-Modell zur Messung des Kapitalbedarfs für Kreditrisiken ((Credit-)Economic Capital (EC)) eingeführt, das sowohl die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen als auch eine verbesserte Kreditrisikosteuerung ermöglicht. Parallel wurden auf Basis des Kreditportfoliomodells die IT-Prozesse zur Sicherstellung einer zeitnahen Kreditrisikosteuerung weiterentwickelt. Das Konfidenzniveau der Berechnung beträgt unverändert 99,93 %. Das neue Modell berechnet den Bedarf auf Einzelgeschäftsebene und erlaubt eine additive Zerlegung des EC in Portfolios und Sub-Portfolios. Die Steuerung erfolgt auf Segmentebene auf Basis der monatlich vom Bankenrisikokomitee (BRK) genehmigten Limite.

Hinsichtlich der Steuerung der Marktpreisrisiken hat die Postbank im Berichtsjahr die Risikomessung auch im Anlagebuch auf ein konsistentes und einheitliches Risikomodell auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation mit voller Neubewertung aller Positionen umgestellt. Durch die Aufnahme portfoliospezifischer Risikofaktoren und Erweiterungen der Stresstests wurde die Portfoliosteuerung weiter verbessert.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement hat die Postbank im Jahr 2011 ein Projekt zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen aufgesetzt und vorangetrieben. Dabei liegt der Fokus auf dem Aufbau bzw. der Vervollständigung der notwendigen IT- und Prozessinfrastruktur sowie der künftigen Meldung der neuen Basel-III-Liquiditätskennziffern.

Die Postbank hat im ersten Halbjahr das Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken grundlegend überarbeitet. Die Risikoberechnung wird über einen szenariobasierten Ansatz barwertig durchgeführt. Das Verfahren steht in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Aufgrund der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Postbank durch die Deutsche Bank und der anschließenden Konsolidierung der Postbank in den Deutsche Bank Konzern sind unter Beachtung der maßgeblichen bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben die Voraussetzungen für ein integriertes Risikomanagement zu schaffen. Das Hauptaugenmerk richtete sich im Berichtsjahr darauf, gleiche Ansätze zu Risikobewertungs-, Risikomess- und Risikokontrollverfahren bzw. zur

Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Risiken zu entwickeln und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Hierzu wurde größtmögliche Transparenz im Hinblick auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Organisationsstrukturen, Prozessen und Methoden beider Institute geschaffen. Im Jahr 2012 wird es Schwerpunkt der Aktivitäten sein, die Risikofunktionen in einer übergreifenden Organisationsstruktur unter Berücksichtigung der rechtlichen und organisatorischen Anforderungen an die einzelnen rechtlichen Einheiten zusammenzuführen. Zusätzlich zu einer integrierten Risikoorganisation soll eine einheitliche Governance-Struktur etabliert werden.

Die Anforderungen aus der Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vom 15. Dezember 2010 wurden im Rahmen bestehender Projekte bis Ende 2011 umgesetzt. Details zur Umsetzung sind insbesondere im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ – dort insbesondere in den Abschnitten „Risikotragfähigkeit“ und „Risikokonzentrationen und Stresstesting“ – sowie im Kapitel „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“ beschrieben.

Die Postbank hat darüber hinaus alle erforderlichen Vorbereitungen eingeleitet, um den ab 2013 stufenweise steigenden Anforderungen aus Basel III an die Eigenkapitalausstattung sowie den Minimalanforderungen zur Liquiditätsausstattung ebenso zu entsprechen wie den Neuregelungen zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken, zum Reporting, zur Steuerung der Leverage Ratio und zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen. Weitere Details hierzu finden sich im Kapitel „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

Arten von Risiken

Die bei der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer bankweiten Risikoinventur ermittelt. Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift im Rahmen der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste infolge von Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz eines Emittenten, Kontrahenten bzw. Landes oder durch Wertverlust bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen). Die Postbank unterscheidet vier Arten von Kreditrisiken: Bonitäts- und Ausfallrisiken, Abwicklungsrisiken, Kontrahentenrisiken und Länderrisiken.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

I Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch Rechtsrisiken; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt. Rechtsrisiken beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben, umfassen aber nicht die Kosten für die Prozessänderung zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen.

I Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden. Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

I Immobilienrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank.

I Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst Spar- und Girorisiken (ehemals: Modellrisiken) sowie residuale Geschäftsrisiken (strategische Risiken und Reputationsrisiken):

a) Spar- und Girorisiken: Risiken aus unerwarteten Volumen- oder Margenrückgängen, die durch die Modellierung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapitalbindung und/oder variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden können.

b) Strategische Risiken: Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der Bank auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld.

c) Reputationsrisiken: Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation des Risikomanagements

Die Risikomanagementorganisation der Postbank ist verantwortlich für die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie für die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken. Damit bildet sie die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Geschäftschancen zu nutzen.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. im Kreditausschuss des Aufsichtsrats. Dieser wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie der Bank ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Risikokomitees

Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an die Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben der Risikokomitees				
	Bankrisikokomitee	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Tagungs- frequenz	mindestens vierteljährlich	mindestens vierteljährlich	mindestens monatlich	halbjährlich
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Beratung des Vorstands in Hinblick auf: Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) Risikostrategien und Risikoprofil Allokation von Risikokapital Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren Festlegung Standardrisikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Definition Mindestanforderungen für Geschäftseinheiten Definition Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder

Das Bankrisikokomitee (BRK) unterstützt den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und der damit verbundenen Ertragsziele. Es nimmt den Gesamtbankrisikobericht entgegen. Das Kreditrisikokomitee (KRK) ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos verantwortlich. Das Marktrisikokomitee (MRK) verantwortet die strategische Steuerung der Marktpreis- und der Liquiditätsrisiken. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee (ORK) entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder und legt die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest.

Für 2012 sind mit Blick auf die Zusammensetzung wie auf die Kompetenzen Veränderungen der Risikokomitees geplant. Das BRK wird künftig als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung die Themen kompakt und gebündelt an den Gesamtvorstand herantragen, während KRK, MRK, ORK sowie das künftige Modell- und Validierungskomitee (MVK) vom Senior Management geleitet werden. Das MVK ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Der CRO ist bankweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er berichtet regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage der Postbank.

Zum 1. März 2011 wurde der bisherige CRO-Bereich um die Marktfolgeeinheiten Kredit erweitert und in einem organisatorisch eigenständigen Ressort gebündelt. Das strategische Liquiditätsmanagement wurde im dritten Quartal 2011 in das CRO-Ressort überführt. Die Gesamtleitung wurde dem neu ernannten Vorstand Hanns-Peter Storr (CRO) übertragen.

Im Jahr 2011 waren dem CRO in der Aufbauorganisation sowohl das Risikomanagement mit den Bereichen Risikosteuerung, Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling sowie Kreditrisikosteuerung als auch die Kreditmarktfolge mit den Bereichen Kredit, Unternehmensfinanzierung, Banken und Kapitalmärkte, Kreditprozess, Gewerbliche Immobilienfinanzierung sowie Kredit Workout & Collections zugeordnet.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Risiko- steuerung	<ul style="list-style-type: none"> Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und Stresstest Definition der Risikostrategie und Risikoprofil Management Operationeller Risiken
Risikoanalytik und Marktpreisrisiko	<ul style="list-style-type: none"> Management und Reporting der Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung, bezogen auf alle Risikoarten Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung Tägliche Adresslimitüberwachung
Kreditrisiko- steuerung	<ul style="list-style-type: none"> Management und Reporting der Kreditrisiken Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Portfoliomanagement Koordination des Risikovorsorgeprozesses und der Watchlist
Kreditmarkt- folge	<ul style="list-style-type: none"> Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen

Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 ist die – in der vorstehenden Tabelle beschriebene und für das Berichtsjahr 2011 maßgebliche – Organisationsstruktur des CRO-Bereichs auf Basis der im Jahr 2011 angestoßenen Veränderungen angepasst worden. Ziel der Änderung der Organisationsstruktur ist es, den als Folge der Finanzmarktkrise erhöhten externen und internen Anforderungen an das Risikomanagement gerecht zu werden. Zudem sollen eine stärkere aktive risikoartenübergreifende Portfoliorisikosteuerung sowie die Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen erreicht werden. Künftig werden in einem „Chief Operating Office“ die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich wahrgenommen. In den Bereichen „Risikosteuerung“ und „Kreditrisikocontrolling“ wird die Risikosteuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das „Credit Office“ mit den Bereichen „Kreditanalyse“ und „Kreditservice Workout & Collection Retail“ wird alle Kreditentscheidungen bündeln und in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebsseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie gestalten.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt. Im Rahmen des zentralen Qualifizierungsangebots der Postbank werden daher auch Veranstaltungen durchgeführt, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist bei der Postbank auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets,

die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts.

Das Ressort Financial Markets ist aufgedgliedert in den Bereich Treasury und das Chief Operating Office Financial Markets. Im Bereich Treasury erfolgt die operative Steuerung der Marktpreisrisiken. Darüber hinaus steuert Treasury operativ das Liquiditätsrisiko mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Das Chief Operating Office Financial Markets ist für das Management des SCP-Portfolios der Bank verantwortlich. Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Risikoanalytik, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion in der Abteilung Kreditrisikocontrolling wahrgenommen werden. Die Abteilung Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Das Beteiligungsrisiko wird operativ durch das Beteiligungsmanagement im Rahmen der Organbetreuung im Sinne der Beteiligungsstrategie gesteuert. Auf die Geschäfts- und die Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird bei der Postbank durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen der Postbank angesiedelte Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Giroisiken sowie strategische Geschäftsrisiken nimmt der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung des Geschäftsrisikos bei.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Postbank ist in die Risikotragfähigkeit der Postbank Gruppe sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) einbezogen. Die Bank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Bei dieser Perspektive stellt die Risikodeckungsmasse den ökonomischen Substanzwert dar. Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital und einem dem Risikoappetit der Postbank Gruppe entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Die zugrunde liegenden Konzepte wurden aufgrund zunehmend präziser regulatorischer Vorgaben überarbeitet. Die Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts betrifft hinsichtlich der Risikomessung im Wesentlichen die Quantifizierung des Geschäftsrisikos und die Risikoaggregationsmethodik. Die Zusammensetzung der Risikodeckungsmasse blieb strukturell unverändert. Langfristig nicht zur Verfügung stehende Komponenten, wie das kurzfristige Nachrangkapital oder latente Steuern, wurden herausgenommen. Weitere Anpassungen führten zu Änderungen bei der Bewertung des Kundengeschäfts mit Blick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom BRK überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie gegebenenfalls eine Überleitung in ein Limitensystem erfolgt durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen der Risikodeckungsmasse sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Für die Ermittlung des Gesamtrisikokapitalbedarfs werden Diversifikationseffekte auf Basis von Korrelationen zwischen den Risikoarten auf Basis von Postbank spezifischen Daten konservativ ermittelt, die das bereitgestellte Risikokapital entsprechend reduzieren. Geschäftsmodell-spezifische Risiken (Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken) tragen hierbei in besonderem Maße zum Diversifikationseffekt bei. Markt-, Kredit-, Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere Diversifikationseffekte auf.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen)

im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielportfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Das allokierte Risikokapital stellt den konservativ ermittelten zukünftigen Kapitalbedarf dar.

Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktiveres Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern, weshalb generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen ist.

Da die Risikotragfähigkeit auf Ebene des Postbank Konzerns berechnet wird, verweisen wir zu näheren Details auf den Konzernlagebericht.

Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Spread-Risiken) begrenzt. Das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in Staats- und Bankenanleihen ausgewählter europäischer Länder relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Mit Blick auf die Verbesserung der Kreditportfoliosteuerung hat die Postbank im Jahr 2011 u. a. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration im Kredithandbuch verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Corporates hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segmentspezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel wurde die operative Steuerung von Risikokonzentrationen deutlich ausgebaut.

Im Segment Financial Markets wird neben einer Reduktion des Staatsanleihen-Portfolios vor allem im Banken-Portfolio weiterhin aktives De-Risking u. a. zur Reduzierung von Konzentrationsrisiken betrieben. Im zweiten Quartal 2011 wurde für das Commercial-Real-Estate-Portfolio eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken in den USA und in Großbritannien verabschiedet.

Aktuell sind auf Basis des zugrunde gelegten Konfidenzniveaus von 99,93 % Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich der Eurostaaten sowie nach wie vor im Portfolio der strukturierten Kredite (SCP) erkennbar. Die Berichterstattung zum Credit Economic Capital (EC) und dessen Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können.

Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden zumindest die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Bankweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	I Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Konzentrationsrisiken, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Marktpreisrisiken	I Risikokennzahlen, Limitauslastungen, Umsätze, barwertige Ergebnisentwicklung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	I Marktentwicklung, Entwicklung der Marktpreisrisiken, Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Ergebnisse Backtesting	monatlich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten, Aufsicht
	I Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstest- und Backtestingergebnisse	monatlich	Marktrisikokomitee
Kreditrisiken	I Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	I Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko inklusive GIIPS-Reporting, Limitauslastungen inklusive EC/RTF-Entwicklung, Risikovorsorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA-Entwicklung, EL-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Kreditausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	I Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee, Financial Markets
	I Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstest	wöchentlich	Risikovorstand, Financial Markets
	I Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests, Liquiditätsentwicklung	monatlich	Gesamtvorstand
Operationelle Risiken	I Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	I Schadenfälle, Indikatoren, Einhaltung von Warnschwellen, Frequenzschäden, Auslastung der VaR-Limite	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	I Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	I Risikokennzahlen, Stresstestergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Marktrisikokomitee

Die übrigen Risikoarten – Beteiligungsrisiken und Immobilienrisiken – werden im Rahmen der Berichterstattung zu den Gesamtbankrisiken entsprechend als Einzelrisiken berichtet.

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit dem 1. Januar 2007 auf Basis der Vorgaben von Basel II. Für die Kalkulation des Eigenkapitals nutzt die Postbank den IRB-Basis-Ansatz sowie den IRB-Ansatz für das Mengengeschäft.

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2011 die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften), Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Die Postbank ist aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios. Das Erreichen der Eintrittsschwelle und der damit angestrebten Entlastung bei den risikogewichteten Aktiva und bei der Eigenkapitalquote ist für das Jahr 2012 geplant. Letztendlich muss eine Abnahme durch die Aufsichtsbehörde erfolgen.

Zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Ende Februar 2011 hat die Postbank eine Neuausrichtung ihrer Handelsstrategie angekündigt, die tendenziell zu einer Reduzierung des Handelsbuchvolumens und damit der Marktpreisrisiken führt. Als Folge dessen hat die Postbank im Mai 2011 ihren Antrag auf Zulassung des internen Marktrisikomodells durch die BaFin zurückgezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Operationellen Risiken nutzt die Postbank auf Ebene des Konzerns seit dem 31. Dezember 2010 einen fortgeschrittenen Messansatz (AMA). Für die Deutsche Postbank AG wird der Anrechnungsbetrag weiterhin auf Basis des Standardansatzes kalkuliert.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG (Gesetz über das Kreditwesen) hat die Deutsche Bank AG als übergeordnetes Institut der Deutsche Bank Gruppe den Offenlegungsbericht gemäß SolvV (Säule-III-Bericht nach Basel II) per 31. Dezember 2010 auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Die Postbank veröffentlicht daher keinen eigenen Offenlegungsbericht mehr.

Liquiditätsanforderungen

Die Postbank erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 7 LiqV. Die Prozesse zur bankweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Mit Blick auf die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat die Postbank im Jahr 2011 alle ausstehenden Maßnahmen umgesetzt, durch die sie die zusätzlichen Anforderungen aus der am 15. Dezember 2010 veröffentlichten Neufassung der MaRisk bezüglich der Einbindung der Aufsichtsorgane, der Behandlung von Risikokonzentrationen, der Behandlung von Liquiditätsrisiken und des Risikomanagements auf Gruppenebene erfüllt.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken bedient sich die Postbank einer Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

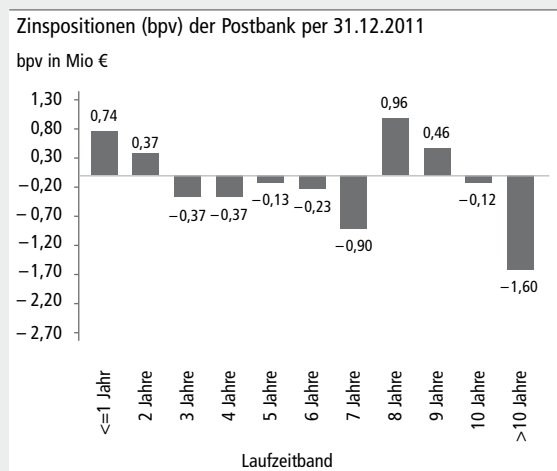
Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete De-Risking-Strategie wurde auch im Jahr 2011 planmäßig fortgeführt. Die Postbank baut ihren Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten und Verkäufe ab. Neben dem Abbau durch Fälligkeiten fanden hierzu im Verlauf des Jahres 2011 – wie bereits im Vorjahr – insbesondere Veräußerungen von SCP-Positionen und eine Reduzierung des Exposures in Banken und Staatsanleihen statt. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinssensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. Die dazu verwendeten Modellierungsmethoden werden laufend überprüft und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2011 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung:



Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktpreisrisiken erfolgt bei der Postbank auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Der Value-at-Risk (VaR) eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen (Anlagebuch) bzw. 1 Tag (Handelsbuch) zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zins- und Spread-Kurven, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Spezifische Credit-Spread-Risiken bleiben im Marktpreisrisiko-VaR derzeit noch unberücksichtigt.

Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab. Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Korrelationseffekte der Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Beiträge für die verschiedenen Unterarten des Marktpreisrisikos analysiert.

Die Marktpreisrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktpreisrisikos (Zins-, Spread-, Aktien- und Währungsrisiken), überwacht. Daneben werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktpreisrisikos. Die Gesamtlimite werden vom BRK beschlossen und vom MRK als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Jahr 2011 haben aufgetretene Marktwertverluste in einzelnen Subportfolios zu teilweisem Limitverzehr geführt. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte führte dieser Effekt, verbunden mit tendenziell steigenden VaR-Werten, auf Subportfolioebene zur Überschreitung von Limiten bzw. Warngrenzen.

Neben diesen VaR-Limiten sind vom MRK Sensitivätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting).

Während das Backtesting zum Ultimo 2011 für die Risikokennzahlen des Handelsbuchs keine Ausreißer zeigt, liegt die Anzahl der Ausreißer im Anlagebuch mit 11 Fällen (Vorjahr: 4 Fälle) außerhalb der statistisch zu erwartenden Bandbreiten. Sämtliche Backtesting-Ausreißer wurden im zweiten Halbjahr beobachtet und stehen im Zusammenhang mit den extremen Spread-Ausweitungen bei Sovereign Bonds im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise, die weit über die unter normalen Marktbedingungen zu beobachtenden Spread-Veränderungen hinausgingen. Im Jahr 2012 werden die Modellannahmen und -parameter im Hinblick auf mögliche Verbesserungen analysiert. Da das VaR-Modell unter den normalen Marktbedingungen des ersten Halbjahres 2011 wie in den Vorjahren eine sehr gute Prognosegüte aufwies, ist jedoch grundsätzlich davon auszugehen, dass das VaR-Modell unter üblichen Marktbedingungen auch künftig ein geeignetes Instrument zur Ermittlung des Marktpreisrisikos darstellt.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle

wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung.

Auch im Berichtsjahr wurden die Szenarioannahmen und die Stressparameter regelmäßig überprüft, und darüber hinaus wurde das Spektrum der durchgeführten Stresstests erweitert. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die größten Anfälligkeiten zeigen sich unverändert im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktpreisrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Dies erfolgt beispielsweise durch Quantifizierung und Analyse der Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests. Außerdem werden mithilfe von Sensitivitätsanalysen Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgapstruktur-Analysen, nach Assetklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

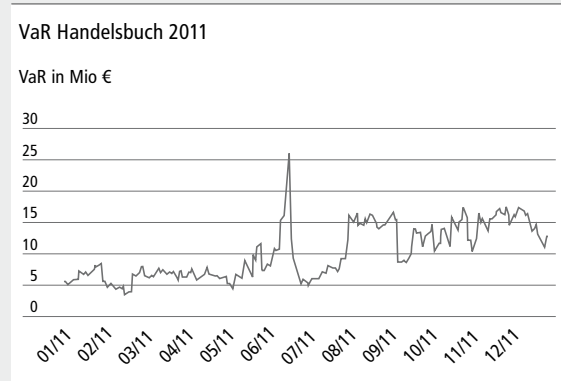
Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für das Handelsbuch der Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 (sowie für das Vergleichsjahr 2010) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbuch	2011 Mio €	2010 Mio €
VaR zum Jahresultimo	12,4	5,6
Minimaler VaR	3,4	1,5
Maximaler VaR	25,8	12,3
VaR im Jahresdurchschnitt	10,1	4,6

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres für das Handelsbuch ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

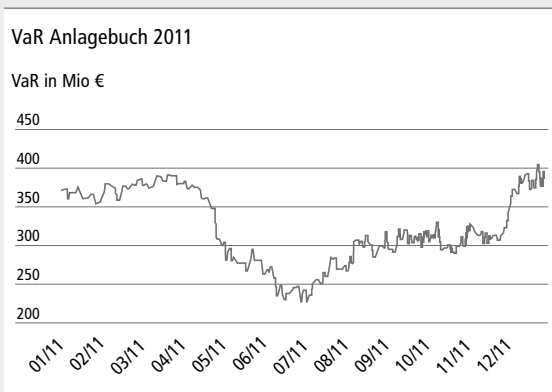


Im Verlauf des Jahres 2011 wurden im Handelsbuch die ausgeprägten Marktschwankungen insbesondere zur kurzfristigen Positionierung an den Geldmärkten genutzt. Risikopositionen wurden bei sich ergebenden Marktchancen erhöht und zeitnah wieder zurückgefahren. Insgesamt stieg der VaR aufgrund von höheren Marktvolatilitäten im Jahresverlauf an. Die VaR-Limitauslastung wird laufend überwacht, die Limite wurden jederzeit auch auf Subportfolioebene eingehalten.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) zum 31. Dezember 2011 393,9 Mio € (zum Vergleich: 372,6 Mio € per 31. Dezember 2010).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2011 Mio €	2010 Mio €
VaR zum Jahresultimo	393,9	372,6
Minimaler VaR	227,1	286,7
Maximaler VaR	404,3	393,8
VaR im Jahresdurchschnitt	321,4	347,3

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktpreisrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Anlagebuch im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.



Der VaR im Anlagebuch der Postbank reduzierte sich im zweiten Quartal des Jahres 2011 aufgrund der fortgesetzten De-Risking-Maßnahmen sowie aufgrund von Verbesserungen bei der Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den Marktrisikopositionen und der zunehmend geringeren Bedeutung der hochvolatilen Marktphase April/Mai 2010 bei der Schätzung der Risikofaktor-Volatilitäten deutlich. Im zweiten Halbjahr 2011 stieg der VaR aber wieder spürbar an, insbesondere aufgrund des erneuten sprunghaften Anstiegs der Spread-Volatilitäten europäischer Sovereigns und Banken als Folge der eskalierenden Staatsschuldenkrise.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden inklusive gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostrategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. § 19 Abs. 2 KWG) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung

zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren mindestens jährlich oder anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung, die Überwachung der Funktionsfähigkeit, die Kalibrierung und die Validierung der internen Ratingsysteme obliegt der Abteilung Risikoanalytik. Ein Ende 2010 zur Prozessunterstützung eingerichtetes Validierungsgremium stellt auch die Einbindung der Ergebnisse aus den Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt im Bereich Kreditrisikosteuerung Kreditgrundsätze. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte im Jahr 2011 einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikomanagements der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Im Jahr 2011 wurden die Sicherheitenprozesse für die Hereinnahme und Überwachung von Grundpfandrechten an den Auslandsstandorten London und New York sowie von Gewährleistungen weiter optimiert. Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und die Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie wie auch der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen,

Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A–. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikouberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechten Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts der Deutschen Kreditwirtschaft (ehemals: Zentraler Kreditausschuss (ZKA)). Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvoller Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements der Postbank ist die Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems geplant. Die Einführung erfolgt modular, für erste Teilportfolios bereits im Jahr 2012.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrecht-

lichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Frühwarnindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkreditkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Berichtsjahr hat die Postbank in Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Bonitätsverschlechterung vieler Kunden und Kontrahenten ihre Prozesse im Rahmen umfangreicher Projekte signifikant verbessert. Schwerpunkt war u. a. die verbesserte Identifikation, Dokumentation und spezialisierte Bearbeitung von ausfallgefährdeten und sanierungsbedürftigen Kreditengagements. In diesem Zusammenhang wurden eigens Spezialkreditabteilungen gegründet und mit Sanierungsexperten besetzt.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus wird das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand ermittelt. Zu diesem Zweck hat die Postbank zum Jahresende 2011 ein neues Kreditportfoliomodell eingeführt, das Modellunsicherheiten bei der bisherigen Messung des Credit Value-at-Risk (CVaR) beseitigt. Mit dem neuen Modell konnte die bislang erforderliche Berechnung auf Basis von Vormonatsdaten durch eine Berechnung auf Basis von Daten des aktuellen Monats ersetzt werden. Weitere Vorteile sind die bessere Einbindung interner und externer Risikoparameter, die verbesserte Erfassung von Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie von Wiederanlageeffekten bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den

unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen. Durch die Einführung des neuen Modells und den damit verbundenen erwarteten Anstieg des ökonomischen Kapitals wird der im Jahr 2010 eingeführte Limitpuffer wegen Modellunsicherheiten obsolet.

Im Unterschied zum EC ist der erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Bankportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Kreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Kreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2011 im Vergleich zum Jahresende 2010 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: Buchwerte). Weil das EC inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur in der nachstehenden Tabelle auf Konzernebene dargestellt.

Kreditrisiken ¹	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital ^{1,2}	
	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2010 Mio €
Retail	81.219	79.068	195	363	824	232
Corporate	26.422	29.263	67	79	538	259
Financial Markets	78.070	128.873	143	361	1.104	1.450
Gesamt	185.711	237.204	405	802	2.466	1.469

¹ Berechnung des Economic Capital per 31.12.2011 auf Basis des neuen Kreditportfoliomodells. Vergleichszahlen per 31.12.2010 wurden nach altem Verfahren ermittelt. Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

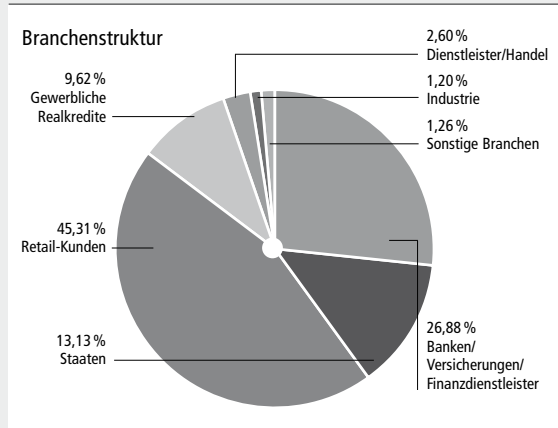
² Per 31.12.2010 ist gemäß alter Ermittlungsmethodik der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der Einzel-CVaR der Geschäftsbereiche. Die Begriffe Economic Capital (EC) und CVaR sind inhaltlich identisch.

Der Rückgang des Gesamtvolumens von 237,2 Mrd € auf 185,7 Mrd € und eines Teils der erwarteten Verluste resultiert insbesondere aus dem weiteren Abbau der Finanzanlagen inklusive SCP im Bereich Financial Markets. Beim erwarteten Verlust wirkt sich zudem eine methodische Anpassung in der Masterskala im ersten Quartal 2011 reduzierend aus. Im Bereich Retail wird jedoch aufgrund anstehender Rekalibrierungen für 2012 in einzelnen Subsegmenten wieder ein Anstieg erwartet.

Der EC-Anstieg (ohne Berücksichtigung des Limitpuffers in Höhe von 1,3 Mrd € per Jahresresultimo 2010) ist auf den Wechsel des Kreditportfoliomodells und die dadurch verbesserte Abbildung von Korrelationen und Konzentrationen zurückzuführen. Der Anstieg spiegelt keine Risikoerhöhung wider. Insgesamt hat sich das Risikoprofil – mit Ausnahme des Staaten-Exposures – durch De-Risking positiv entwickelt.

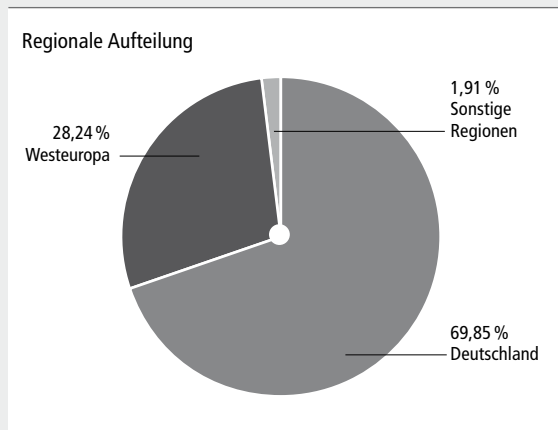
Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken eine ausgewogene Struktur. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostrategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.



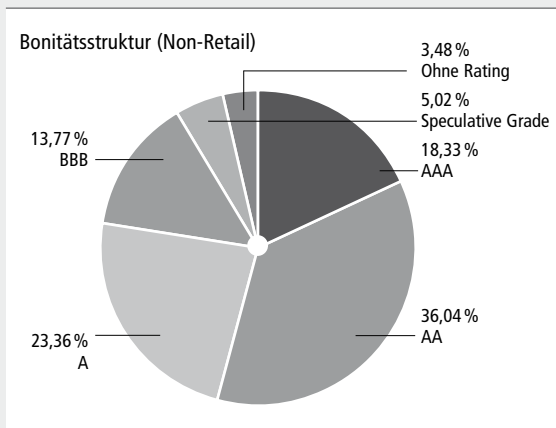
Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt. Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland.



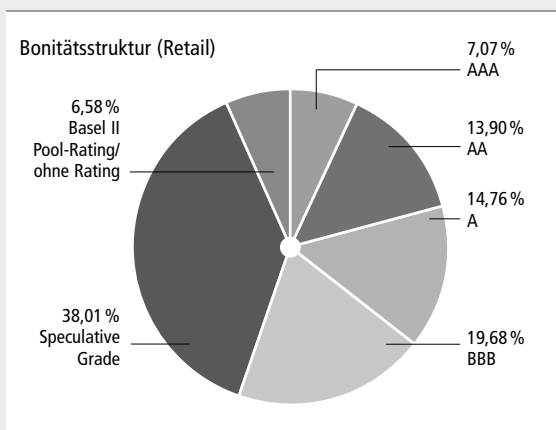
Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Rating-Klassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Das Volumen in den guten Ratingklassen ist unverändert hoch. Dabei hat sich jedoch im Rahmen des De-Risking vor allem bei den Handelsaktiva im A-Bereich eine deutliche Reduktion ergeben, während das Exposure im BBB-Bereich durch eine Erhöhung bei den Forderungen an Kreditinstitute durch Wertpapierpensionsgeschäfte angestiegen ist. Daher liegen hier die Ziel-Ratingverteilungen außerhalb der vorgegebenen Bandbreiten und werden eng überwacht.

Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine unverändert günstige Bonitätsstruktur auf, wie folgende Grafik illustriert. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da bei jedem Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.



Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungs-Pools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor's, Moody's oder Fitch Ratings) geratet.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank die Transaktion PB Domicile 2006-1 mit einem Volumen in Höhe von 1.677 Mio € im Bestand. Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der per Stichtag kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde. Die bislang gehaltenen traditionellen Originator-Verbriefungen PB Consumer 2008-1 und PB Consumer 2009-1 sind nach Ausübung der Call-Option zum Jahresultimo 2011 nicht mehr im Bestand.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. So sind auch für das Jahr 2012 nur unwesentliche Aktivitäten auf dem Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stressstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die

Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen.

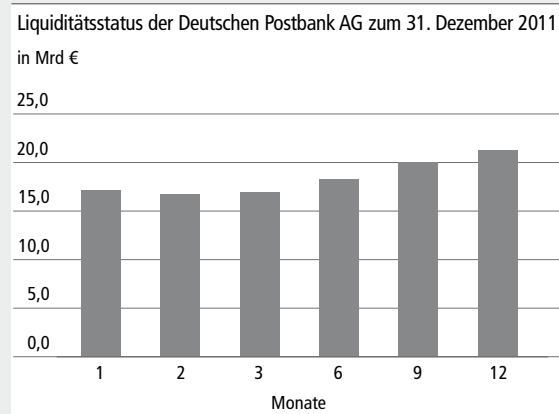
Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikokontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung nicht nur auf einer regelmäßigen Liquiditäts- und Emissionsplanung, sondern auch auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens wöchentlich einer Reihe von Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen entsprechen den MaRisk BTR 3.2 Ziffer 3 und geben gemäß den MaRisk den Pufferbedarf für die Dauer von 7 und 30 Tagen vor (MaRisk = Mindestanforderungen an das Risikomanagement; BTR = Besonderer Teil, Anforderungen an die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse). Sie bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im Extremszenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im Extremszenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, der vollständige Wegfall des Zugangs zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert.

Die Ergebnisse der Stresstests zeigen, dass die Liquiditätssituation der Postbank – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise phasenweise massiv erschwerten Marktbedingungen – nicht zuletzt aufgrund der weiterhin stabilen Basis an Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren komfortabel ist.

Mit Blick auf die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 15. Dezember 2010 hat die Postbank 2011 die Szenarien für den Liquiditätsstress gemäß BTR 3.2 Ziffer 3 überarbeitet. Das Liquiditätspufferreporting wurde insbesondere zur Differenzierung von hochliquiden Vermögensgegenständen gemäß BTR 3.2 Ziffer 2 erweitert. Außerdem hat die Postbank ein Benchmarkkonzept zur Ermittlung der Liquiditätspufferkosten entwickelt und verabschiedet sowie für die Zeit ab 2012 die Segmentverrechnung der Liquiditätspufferkosten auf die Verursacher beschlossen.

Die Postbank bereitet sich im Rahmen eines regulatorischen Liquiditätsprojekts auf die Meldung und Steuerung der zukünftig regelmäßig zu reportenden Liquiditätsrisikokennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Erstellung zusätzlicher Monitoring-Tools vor. Da Details zu den Liquiditätskennzahlen noch in den verschiedenen aufsichtlichen Gremien auf nationaler und internationaler Ebene diskutiert werden, orientiert sich die Postbank zunächst an den Meldebögen der laufenden Erhebungen im Rahmen der regelmäßigen „Quantitativ Impact Studies“ (QIS) der Aufsicht.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2011. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests per Jahresultimo 2011 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition der Postbank. So ergeben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im Extremszenario komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition, auch über die MaRisk relevanten Zeiträume von 7 und 30 Tagen hinaus.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Kapitalmodell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den vier Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regulären Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende Instrumente ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- I halbjährliches Self Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- I Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- I IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Die Umsetzung der Anforderungen aus dem AMA-Rahmenwerk der Deutschen Bank (AMA = Advanced Measurement Approach – fortgeschrittener Messansatz) bildete im Jahr 2011 einen wesentlichen Schwerpunkt der Aufgaben im Bereich der Operationellen Risiken. Die in einem mehrstufigen Prozess angelegten Harmonisierungs- und Integrationsaktivitäten starteten im November 2010 und wurden zu einem Großteil im Laufe des Jahres 2011 abgeschlossen.

Der Gesamtaufwand für Schäden aus Operationellen Risiken (inklusive der Beiträge an den EKS-Haftungsfonds (EKS = Eurokartensysteme)) war gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig. Von den Schäden ist nur ein geringer Anteil auf einzelne Großschäden zurückzuführen; das Gros der Schäden resultiert aus den zahlreichen Betrugsdelikten Externer im Geschäftsfeld Retail Banking. Schwerpunkte bilden dabei Betrugsdelikte in der privaten Baufinanzierung sowie Frequenzschäden (Phishing, Kreditkartenbetrug etc.), also Fälle, die pro Einzelfall nur mit einer geringen Schadenhöhe verbunden sind, dafür jedoch häufig auftreten.

Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen insbesondere die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Gremium sowie die Sensibilisierung aller in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Flankierend wurden im Jahr 2011 verschiedene technische Maßnahmen initiiert bzw. weitgehend etabliert, die sukzessive zur Verbesserung der Situation beigetragen haben.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Deutsche Postbank AG den Standardansatz.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Unternehmensfinanzierung	–	–
Handel	10	21
Privatkundengeschäft	318	292
Firmenkundengeschäft	53	48
Zahlungsverkehr und Abwicklung	0	0
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	–	–
Wertpapierprovisionsgeschäft	9	8
Summe Deutsche Postbank AG	391	371

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Bankfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identification and Assessments (RIAs) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit der Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrissen

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 hielt die Deutsche Postbank AG 63 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2011 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/ Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Deutschen Postbank AG wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrissen auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrissen, zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Postbank. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung – hier: Practice Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (7. Auflage) der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London –, basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertes: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 7. Fassung, Mai 2011).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Die Postbank hat im ersten Halbjahr 2011 die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken grundlegend überarbeitet. Die Verfahren stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkationen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch eine veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf unerwartete Volumen- oder Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können (Spar- und Giroisiko).

Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung der Geschäftsrisiken erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere, sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur

Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Deutsche Postbank AG der Anforderung des § 289 Abs. 5 HGB nach. Die Deutsche Postbank AG erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- I Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- I Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- I Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- | Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- | ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- | Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- | Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- | Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- | Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- | Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- | Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- | Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- | Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- | Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- | Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision und Compliance,
- | Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- | Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozess-unabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256 HGB, §§ 264–287 HGB, § 289 HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Der Jahresabschluss wird durch die entsprechenden Prüfungen im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitoring überwacht wird.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Verbuchung erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Die Revision prüft grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft.

Die Prüfungsplanung und die Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgen toolgestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Das Bundesfinanzministerium hatte am 6. Oktober 2010 aufgrund des § 25a Abs. 5 Sätze 1–3 und 5 KWG die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV) erlassen, die das Rundschreiben 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 ablöste.

Die Vergütungssysteme wurden mit Wirkung für das Jahr 2011 an die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen angepasst. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Postbank hat die notwendigen Anpassungen, die sich aus der InstitutsVergV ergaben, für diese Personengruppe in den Vergütungssystemen durchgeführt. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

Laufende Rechtsverfahren

Durch ihre Entscheidung vom 25. Januar 2012 hat die EU-Kommission das förmliche Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen, das sie am 12. September 2007 eröffnet hatte. Im Rahmen der Untersuchung, ob der Deutschen Post AG von der Bundesrepublik Deutschland eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei, hat die EU-Kommission u. a. die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG überprüft. Den Vorwurf, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfeverbot des EG-Vertrags verstoße, hatte zuvor auch schon die Monopolkommission erhoben.

Am 10. Mai 2011 weitete die EU-Kommission das förmliche Beihilfeprüfverfahren aus. Die Ausweitung betraf die Regelungen zur Finanzierung der von der Deutschen Post AG gezahlten Beamtenpensionen, die unter Einbeziehung der Anerkennung von Pensionslasten in den die Deutsche Post AG betreffenden Preisgenehmigungsentscheidungen näher überprüft werden sollten.

In ihrer Entscheidung vom 25. Januar 2012 ist die EU-Kommission bei der Prüfung der Finanzierung der Beamtenpensionen zum Ergebnis gelangt, dass insofern der Deutschen Post AG eine rechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei, die an die Bundesrepublik zurückzuzahlen sei. Dagegen hat die Kommission die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG nicht beanstandet. Den 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG hat die EU-Kommission in der Entscheidung nicht wieder aufgegriffen.

Die Deutsche Post AG ist der Auffassung, dass der Vorwurf, bei der Finanzierung der Beamtenpensionen eine rechtswidrige Beihilfe erhalten zu haben, unbegründet und die Entscheidung der Kommission vom 25. Januar 2012 insofern rechtswidrig ist, und wird gegen die Entscheidung Klage bei dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einreichen.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft dürfte 2012 ihren Wachstumskurs beibehalten, aber an Fahrt verlieren. Der IWF rechnet nur noch mit einem Zuwachs der globalen Wirtschaftsleistung von 3,3 %, nach 3,8 % im Jahr 2011. Die Risiken sind jedoch erheblich. Diese gehen vor allem von der EWU-Staatsschuldenkrise aus, die bei einer weiteren Eskalation die Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte stark beeinträchtigen könnte. Im Jahr 2013 sollte das Wachstum des globalen BIPs laut IWF wieder etwas höher ausfallen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird sich die Konjunktur 2012 unserer Einschätzung nach beleben, es ist jedoch nicht mit einer starken Dynamik zu rechnen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten weiter steigen. Die Bauinvestitionen könnten, von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend, leicht ausgeweitet werden. Der weiterhin bestehende Angebotsüberhang am Markt für Wohnimmobilien wird einer möglichen Aufwärtsbewegung aber enge Grenzen setzen. Der private Verbrauch sollte bei leicht sinkender Arbeitslosigkeit verhalten wachsen. Vom Außenhandel sind per saldo keine Impulse zu erwarten. Gleiches gilt aufgrund des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte auch für den Staatsverbrauch. Insgesamt erwarten wir für 2012 ein BIP-Wachstum von 2,4 %. Für das Jahr 2013 rechnen wir – davon ausgehend, dass sich der Aufwärtstrend beim privaten Verbrauch verstärken wird – mit einem Wachstum von 2,7 %.

Die japanische Wirtschaft sollte sich 2012 von dem Rückschlag erholen, den sie 2011 als Folge der Naturkatastrophe erlitten hat. Die Exporte werden voraussichtlich wieder deutlich zulegen. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften nicht zuletzt aufgrund der erforderlichen Wiederaufbaumaßnahmen kräftig steigen. Auch der private Verbrauch sollte sich ausweiten. Das BIP dürfte im Jahr 2012 deshalb spürbar um 2,1 % wachsen. Für 2013 erwarten wir dann wieder eine Abschwächung der Konjunktur. In China sollte die Wirtschaft 2012 aufgrund der Bestrebungen der Regierung, eine Überhitzung zu vermeiden, etwas langsamer wachsen als im Berichtsjahr. Der wirtschaftliche Aufschwung wird jedoch robust bleiben und sollte sich auch 2013 fortsetzen.

Die Wirtschaft des Euroraums wird 2012 aller Voraussicht nach eine ausgeprägte Schwächephase durchlaufen. Die Staatsschuldenkrise und der daraus resultierende Zwang zur Konsolidierung führen zu weiteren Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Dies dürfte nicht nur den Staatsverbrauch, sondern auch den privaten Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen bremsen. Bei der zu erwartenden schwachen Binnennachfrage sollten die Importe in deutlich geringem Maß wachsen als die Exporte, sodass der Außenhandel positiv zum Wachstum beitragen dürfte. Dennoch wird das BIP voraussichtlich schwächer, als im Vorjahr erwartet, nämlich nur um 0,6 % steigen. Die hohen Wachstumsdifferenzen zwischen den EWU-Mitgliedsländern dürften bestehen bleiben. Einige Länder mit besonders hohem Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten werden eine Rezession kaum vermeiden können, während andere ihre Wirtschaftsleistung moderat steigern sollten. Für 2013 rechnen wir mit einer Verstärkung der positiven Impulse für die Konjunktur, verbunden mit einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 1,7 %.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Konjunktur durchläuft zum Jahreswechsel 2011/2012 eine Schwächephase. Die hiesige Wirtschaft steht aber weiterhin auf einer soliden Basis, sodass sich unseres Erachtens im weiteren Jahresverlauf 2012 die Antriebskräfte wieder durchsetzen sollten. Die wirtschaftliche Schwäche vieler EWU-Partnerländer wird die Konjunktur 2012 jedoch spürbar bremsen. Insbesondere sollte das Exportwachstum sich deutlich verlangsamen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten weiter steigen, aber mit deutlich geringerer Dynamik als im Jahr 2011. Bei den Bauinvestitionen rechnen wir nur mit einem schwachen Zuwachs. Aufgrund des nachlassenden Schwungs bei den Bruttoanlageinvestitionen dürfte sich auch der Aufwind am Arbeitsmarkt abschwächen, wobei die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt aber dennoch beachtlich steigen sollte. Dies würde die Einkommen der privaten Haushalte stützen, sodass der private Verbrauch weiter zulegen sollte. Das BIP-Wachstum wird 2012 voraussichtlich deutlich auf 1,2 % zurückgehen, damit aber immer noch spürbar höher ausfallen als im Euroraum insgesamt. Für 2013 rechnen wir mit einer Fortsetzung des Wachstums auf breiter Basis, wobei sich die Impulse aus dem Außenhandel wieder etwas verstärken sollten. Das BIP-Wachstum sollte sich in der Folge auf 1,7 % beschleunigen.

Märkte

Die Staatsschuldenkrise dürfte die globalen Märkte auch 2012 weiterhin stark prägen. Angesichts immer noch sehr hoher Staatsdefizite kann die Nervosität der Marktteilnehmer sehr schnell steigen und dies zu erneuten Kursrückschlägen führen. Wie in den Vorjahren könnten hiervon insbesondere die Anleihen hoch verschuldeter Eurostaaten sowie die Aktienmärkte betroffen sein. Die Geldpolitik der führenden Notenbanken dürfte 2012 expansiv bleiben. Aufgrund der schwachen Konjunktur im Euroraum und der europäischen Staatsschuldenkrise wird die EZB ihren Leitzins 2012 unserer Einschätzung nach konstant bei 1,0 % belassen. Dabei dürfte sie gegebenenfalls auch eine neuerliche Überschreitung ihres Inflationsziels von knapp unter 2 % tolerieren. Zudem gehen wir davon aus, dass sie auf absehbare Zeit an ihren unkonventionellen Maßnahmen wie der Vollzuteilung bei ihren Refinanzierungsgeschäften und der Ausschreibung längerfristiger Tender festhalten wird. Sollte sich die EWU-Staatsschuldenkrise weiter zuspitzen, halten wir es auch für möglich, dass die EZB weitere Leitzinssenkungen vornimmt und den Ankauf von EWU-Staatsanleihen nochmals ausdehnt. Mit Leitzinserhöhungen rechnen wir frühestens für das Jahr 2013. Aber auch dann sollte die EZB sehr vorsichtig agieren. Vor dem Hintergrund konstanter Leitzinsen dürften auch die Geldmarktzinsen 2012 auf ihrem aktuell niedrigen Niveau verharren. Die US-Notenbank hat bereits angekündigt, dass sie ihren Leitzins voraussichtlich bis Ende 2014 bei 0 % bis 0,25 % belassen wird, sofern die Preisentwicklung oder die Konjunktur dem nicht entgegenstünden. Mit Leitzinsanhebungen in den USA ist deshalb weder für 2012 noch für 2013 zu rechnen.

Die Kapitalmarktzinsen in Deutschland sind auf ihrem derzeitigen Niveau unseres Erachtens vor allem aufgrund der erhöhten Inflationsrate nach unten verzerrt. Die Entwicklung der EWU-Staatsschuldenkrise dürfte jedoch weiterhin Bundesanleihen mit ihrem Ruf als „sicherer Hafen“ begünstigen. Da sich die EWU-Staatsschuldenkrise unserer Einschätzung nach im Jahr 2012 abschwächen wird, aber noch nicht nachhaltig überwunden werden kann, rechnen wir nur mit einer leichten Erhöhung der Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf

2,5 %. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve etwas steiler werden. Im Jahr 2013 sollten die Kapitalmarktzinsen bei einer vorsichtigen Straffung der Geldpolitik weiter steigen. Die Zinsstrukturkurve sollte in diesem Umfeld weder markant abflachen noch deutlich steiler werden.

Verstärken sich im Laufe der Jahres 2012 – wie von uns erwartet – die Antriebskräfte für die Konjunktur und verliert die EWU-Staatschuldenkrise etwas von ihrer Brisanz, dann sollte auch die Sorge vor Ausfällen bei Unternehmensanleihen nachlassen. Dies würde die Risikoaufschläge leicht sinken lassen – ein Trend, der sich im Jahr 2013 fortsetzen sollte. Die Corporate Spreads dürften aber weiterhin deutlich über dem Niveau liegen, das vor dem Ausbruch der Finanzkrise zu verzeichnen war. Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, halten wir erst dann eine nachhaltige Entspannung für wahrscheinlich, wenn die vereinbarten Strategien, die zu einer dauerhaft soliden Finanzpolitik in der EWU führen sollen, erste klare Erfolge zeigen. Bis dahin wird die Schwankungsanfälligkeit hoch bleiben.

Branchensituation

Auf europäischer Ebene sind die regulatorischen Rahmenbedingungen für Finanzinstitute in vielen Punkten weiterhin nicht fixiert. Abschließende Entscheidungen zur Harmonisierung der Einlagensicherung, zur Einführung einer Finanztransaktions- bzw. Finanzaktivitätssteuer oder für eine EU-weite Bankenabgabe wurden noch nicht getroffen.

Nach dem Berichtsjahr kann auch das Jahr 2012 die gesamte europäische Bankenbranche – und mit ihr selbstverständlich auch die deutschen Institute – vor beträchtliche Herausforderungen stellen. Ein Ende der Staatsschuldenkrise in den Peripheriestaaten der Eurozone zeichnet sich noch nicht ab. Auch für das laufende Jahr können weitere Belastungen für deutsche Kreditinstitute, die in Rentenpapieren der GIPS-Staaten investiert sind, nicht ausgeschlossen werden. Ein weiterer Kursverfall der Staatsanleihen dieser Länder könnte bei einigen Geldinstituten zu erneuten Verlusten in den Handelsbüchern oder zu Wertberichtigungen führen. Die Modalitäten eines freiwilligen Forderungsverzichts privater Gläubiger im Falle Griechenlands sind noch nicht fixiert. Je nach Ausgestaltung dieser Vereinbarung könnten nochmalige Abschreibungen auf von deutschen Banken gehaltene griechische Staatsanleihen erforderlich werden.

Die leichte konjunkturelle Eintrübung in den Industrieländern, die zuletzt auch Deutschland erreichte, wird das operative Geschäft der Branche voraussichtlich erschweren. Daher dürften weitere deutliche Reduzierungen der Risikoversorge die Ausnahme darstellen. Zwar rechnen wir damit, dass die derzeit flache Zinsstrukturkurve steiler wird. Mit Blick auf den harten Wettbewerb, der vor allem im Privatkundensegment und zunehmend auch im Firmenkundengeschäft herrscht, erwarten wir aber keine deutliche Steigerung der Zinsüberschüsse. Die Ergebnisbeiträge aus Investmentbanking und Eigenhandel dürften bei vielen deutschen Instituten in Anbetracht des schwierigen Kapitalmarktumfelds und der erhöhten Eigenkapitalanforderungen bestenfalls stagnieren.

Insgesamt erwarten wir für die Mehrheit der deutschen Banken für 2012 allenfalls eine moderate Ergebnissteigerung.

Nach unserer Einschätzung wird die deutsche Bankenlandschaft auch mittelfristig von der Drei-Säulen-Struktur aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten gekennzeichnet sein. Auch 2013 dürfte kein einfaches Jahr für die deutsche Bankenbranche werden. Der harte Wettbewerb im Privat- und im Firmenkundengeschäft sollte anhalten und die Chancen auf steigende Zins- und Provisionsüberschüsse limitieren. Die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise dürften das Kapitalmarktumfeld weiterhin belasten und deutliche Verbesserungen der Erträge aus Investmentbanking oder Eigenhandel begrenzen. Das operative Ergebnis der Institute sollte in diesem Umfeld nur leicht zulegen können.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Aus gesetzlichen Anforderungen erwachsen Investitionsanforderungen insbesondere im Zusammenhang mit den neuen und den veränderten Regelungen hinsichtlich der Liquiditäts- und Kapitalanforderungen, der SEPA, der Solvabilitätsverordnung und des Verbraucherschutzes. Hervorzuheben sind die Investitionen in die Systeme der Sicherheitenverwaltung sowie in Recovery- und Workout-Prozesse, die künftig zu positiven Effekten bei der Kapitalbelastung führen werden.

Zur Optimierung des laufenden Betriebs und der Prozesse investiert die Postbank weiterhin in das Kernbankensystem SAP und in die Vertriebs-Front-Ends.

Im Hinblick auf die Geschäftsentwicklung werden wir im Wesentlichen in den Ausbau der Kooperation mit der Deutschen Bank und in die gemeinsame zukünftige Retail-Target-Plattform investieren.

Die voraussichtlichen Auswirkungen von Basel III

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) hat am 16. Dezember 2010 die Regelungstexte der künftigen internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) final verabschiedet. Dieses Regelwerk wird derzeit auf europäischer Ebene in entsprechenden Richtlinien und Verordnungen umgesetzt. In Reaktion auf die Finanzkrise wird eine Vielzahl von Verschärfungen der regulatorischen Rahmenbedingungen vorgenommen, die eine größere Widerstandsfähigkeit des weltweiten Bankensystems zum Ziel haben. Vorgesehen sind sowohl höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden künftig Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird überwacht.

Die neuen Regelungen von Basel III werden bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben, und es sind ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie gegebenenfalls ein antizyklischer Kapitalpuffer aufzubauen.

Für den Zeitraum bis zur Einführung von Basel III plant die Postbank, ihre Eigenkapitalposition durch Einführung fortgeschrittener Modelle zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen (IRB-Advanced-Ansatz) sowie den Abbau von Finanzanlagen (De-Risking) weiter zu verbessern. Die De-Risking-Strategie der Postbank wird darüber hinaus auch dazu beitragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten, nicht aber limitierten Verschuldungsgrad weiter zu reduzieren.

I Ausblick

Erwartete Auswirkungen des Abschlusses von Unternehmensverträgen

Am 10. Januar 2012 sind Deutsche Bank und Postbank übereingekommen, in Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen und der Postbank als beherrschtem Unternehmen einzutreten. Wir gehen davon aus, dass bei erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen die ordentliche Hauptversammlung der Postbank am 5. Juni 2012 über die Zustimmung zum Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag beschließen kann. Im Ergebnis könnten sich für die Postbank im Falle des Abschlusses einer derartigen Vereinbarung Vorteile aus der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Deutsche Bank Konzern und der Postbank ergeben. Wir erwarten diese u. a. im Hinblick auf eine Optimierung der Liquiditätssteuerung, eine steuerliche Organschaft und die Erzielung von Synergien, die ohne den Abschluss des Unternehmensvertrags nicht erreichbar wären. Darüber hinaus kann durch den Abschluss einer derartigen Vereinbarung eine zentrale Voraussetzung zur Erlangung eines sogenannten Waivers nach § 2a KWG erfüllt werden. Besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, so sieht das Aktiengesetz vor, dass jeder während der Vertragsdauer bei der Postbank entstehende Jahresfehlbetrag auszugleichen ist, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Das Aktiengesetz sieht ebenfalls vor, dass das beherrschende Unternehmen die Abführung aller erzielten Gewinne verlangen kann.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation der Postbank

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank in den Jahren 2012 und 2013 basiert auf den in diesem Lagebericht skizzierten volkswirtschaftlichen Grundannahmen und Erwartungen. Eine weitere Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich negativ auf dieses Szenario auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um strengere regulatorische Vorschriften für den Bankensektor sowie ein über die heutige Planung hinaus beschleunigter Abbau von Risikopositionen könnten einen signifikanten Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank haben, der in dem im Folgenden dargestellten Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Aus der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern werden in den kommenden Perioden spürbare Synergien erwartet, die die Geschäftsentwicklung und damit die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen sollten. Aus Maßnahmen zum Erzielen von Synergien

werden kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, so z. B. aus der Hebung von Effizienzgewinnen oder aus der Realisierung von gemeinsamen IT-Systemen. Auf Basis der derzeitigen Ergebnisse der Integrationsarbeiten wurden die erwarteten positiven und negativen Effekte im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Im Falle einer Beherrschung könnte es darüber hinaus durch die Übernahme von Konzernvorgaben zu Effekten in der Bewertung von Aktiva und Passiva kommen.

Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank sind unverändert die soliden Ertragsströme aus dem Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Dem Management unserer Kostenbasis werden wir auch in den kommenden Perioden höchste Aufmerksamkeit widmen und dabei verstärkt Effizienzpotenziale heben, die sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern ergeben. Auf Basis der volkswirtschaftlichen Prognosen und bei einem Abklingen der Staatsschuldenkrise erwarten wir auch eine weiter rückläufige Notwendigkeit für Wertkorrekturen auf Risikopositionen der Bank. Dies wird unterstützt durch den signifikanten Abbau dieser Positionen in den vergangenen Jahren.

Im Einzelnen erwarten wir, dass die operativen Ergebnislinien Zins- und Provisionsüberschuss 2012 spürbar hinter dem guten Ergebnis des abgeschlossenen Geschäftsjahres zurückbleiben. Belastend wirkt dabei im Zinsüberschuss das anhaltend niedrige Zinsniveau. Ab 2013 dürfte sich, u. a. aufgrund des erwarteten Anstiegs der Zinsstrukturkurve, wieder ein Wachstum gegenüber dem Jahr 2012 ergeben. Der Provisionsüberschuss wird nach heutigen Erwartungen 2012 gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig sein und ab 2013 wieder spürbar ansteigen.

Sofern es nicht zu einer nochmaligen Verschärfung der Staatsschuldenkrise und damit verbunden Ausstrahleffekten auf die Bankenbranche kommt, gehen wir in unserem Szenario davon aus, dass sich die Summe aus Nettoergebnis des Handelsbestands und des Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft in den Jahren 2012 und 2013 auf dem Vorjahresniveau bewegt.

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und den Ländern, in denen wir Engagements in der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingegangen sind, verknüpft. Wie beschrieben gehen wir in unserem Basisszenario von einer temporären Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere in Europa, aus. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für die Jahre 2012 und 2013 einen recht signifikanten Anstieg der Risikovorsorgenotwendigkeit im Vergleich zum sehr guten Verlauf des Jahres 2011, welches auch infolge der Auflösung von Risikovorsorge eine vergleichsweise niedrige Vergleichsbasis aufweist.

Für die Entwicklung des Verwaltungsaufwands erwarten wir für 2012 und 2013 einen spürbaren Rückgang gegenüber dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Trotz der Berücksichtigung erwarteter Einmalaufwendungen aus der Integration in den Deutsche Bank Konzern wirken sich hier Effizienzmaßnahmen vorangegangener Perioden und erste Synergien positiv aus. Für 2012 erwarten wir dabei einen Sachaufwand in etwa auf Vorjahresniveau und einen sinkenden Personalaufwand, der insbesondere die Folge von rückläufigem Rückstellungsbedarf ist.


In Summe gehen wir auf Basis der vorgenannten Einschätzungen zur Entwicklung der einzelnen Ergebniskomponenten davon aus, dass das Ergebnis der Postbank im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Niveau des Jahres 2011 deutlich zurückgehen wird. Ab 2013 sollte die Bank u. a. aufgrund wieder steigender Erträge deutlich höhere Ergebnisse erwirtschaften. Der von uns mittelfristig erwartete Anstieg der Ergebnisbeiträge aus dem Kundengeschäft wird insbesondere im Jahr 2012 noch durch das nach wie vor für einlagenstarke Banken herausfordernde Zinsumfeld beeinträchtigt.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 14. Februar 2012
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte




Dr. Mario Daberkow



Marc Heß



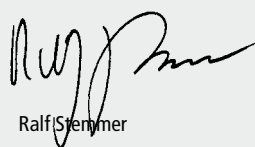
Horst Küpker




Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stenmer



Hanns-Peter Storr



Frank Strauß

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011 – Deutsche Postbank AG, Bonn

Aktivseite

	€	Vorjahr Mio €	€	€	Vorjahr Mio €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			745.648.968,87		763
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.516.488.580,15		2.311
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.514.913.759,13	2.309		2.262.137.549,02	
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			6.454.930.003,22		4.019
b) andere Forderungen			11.441.928.594,52		12.175
darunter:					
Hypothekendarlehen	642.671.207,59	655			
Kommunalkredite	173.564.594,06	173		17.896.858.597,74	
3. Forderungen an Kunden					
darunter:					
Hypothekendarlehen	27.507.485.545,23	29.439			
Kommunalkredite	3.431.076.132,26	3.810		70.246.426.108,06	71.347
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			0,00		1.067
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	1.067			
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00	1.696
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	1.696			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			13.910.587.768,75		16.750
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13.713.407.738,01	16.581			
bb) von anderen Emittenten			15.310.302.983,01	29.220.890.751,76	20.059
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.126.804.982,94	16.553			
c) eigene Schuldverschreibungen				0,00	0
Nennbetrag	0,00	0		29.220.890.751,76	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				477.390.470,47	312
5a. Handelsbestand				18.495.703.994,25	26.910
6. Beteiligungen					
darunter:					
an Kreditinstituten	1.171.593,72	1			
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	0		14.424.524,81	15
7. Anteile an verbundenen Unternehmen					
darunter:					
an Kreditinstituten	552.332.765,28	552			
an Finanzdienstleistungsinstituten	17.046.461,58	17		9.303.745.531,26	10.647
8. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite	800.509.243,29	883		855.718.120,17	934
9. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			43.304.178,69		49
c) Geschäfts- oder Firmenwert			29.973.333,36		33
d) geleistete Anzahlungen			0,00	73.277.512,05	0
10. Sachanlagen				519.622.382,43	548
11. Sonstige Vermögensgegenstände				746.656.912,50	733
12. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			130.500.975,69		163
b) andere			1.625.659.877,19	1.756.160.852,88	1.854
13. Aktive latente Steuern				409.116.290,88	378
Summe der Aktiva				152.278.129.598,28	172.763

						Passivseite	
		Vorjahr				Vorjahr	
		€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
a)	täglich fällig			313.205.897,79		1.836	
b)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			9.755.582.807,87		9.860	
	darunter:						
	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	91.808.302,47	25				
	begebene öffentliche Namenspfandbriefe	512.601.319,12	554				
	zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0				
	gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSLBÜmwG	1.400.837.759,49	984		10.068.788.705,66		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
a)	Spareinlagen						
aa)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		47.748.232.771,67			50.201	
ab)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		153.467.605,45	47.901.700.377,12		164	
b)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.438.252.402,99		1.010	
c)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe			240.207.090,29		299	
d)	gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSLBÜmwG			12.348.898.603,51		13.257	
e)	andere Verbindlichkeiten						
ea)	täglich fällig		37.409.764.207,51			37.402	
eb)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		11.313.619.917,90	48.723.384.125,41		9.857	
	darunter:						
	zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0		110.652.442.599,32		
		0,00	0				
3. Verbriefte Verbindlichkeiten							
a)	begebene Schuldverschreibungen						
aa)	Hypothekenspfandbriefe		5.849.961.659,24			4.868	
ab)	öffentliche Pfandbriefe		1.757.945.802,32			1.808	
ac)	gemischt gedeckte Schuldverschreibungen lt. DSLBÜmwG		40.606.944,29			51	
ad)	sonstige Schuldverschreibungen		1.912.863.973,13	9.561.378.378,98		2.490	
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten			1.737.602.627,02		2.862	
	darunter: Geldmarktpapiere	1.737.602.627,02	2.862		11.298.981.006,00		
3a. Handelsbestand							
					7.632.536.951,84	24.135	
4. Treuhandverbindlichkeiten							
	darunter: Treuhandkredite	800.509.243,29	883		855.718.120,17	934	
5. Sonstige Verbindlichkeiten							
					657.998.421,17	579	
6. Rechnungsabgrenzungsposten							
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			52.768.763,26		57	
b)	andere			768.634.867,19	821.403.630,45	786	
7. Rückstellungen							
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			640.545.671,21		625	
b)	Steuerrückstellungen			26.948.378,05		19	
c)	andere Rückstellungen			393.560.713,05	1.061.054.762,31	365	
8. Nachrangige Verbindlichkeiten							
					3.552.260.255,11	3.714	
9. Genusssrechtskapital							
	darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	20.000.000,00	31		1.171.500.000,00	1.198	
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken							
					1.765.000.000,00	1.765	
11. Eigenkapital							
a)	gezeichnetes Kapital			547.000.000,00		547	
b)	Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			20.225.837,62		20	
c)	Kapitalrücklage			1.090.499.481,11		1.090	
d)	andere Gewinnrücklagen			963.346.828,72		662	
e)	Bilanzgewinn			119.372.998,80	2.740.445.146,25	302	
Summe der Passiva						152.278.129.598,28	172.763
		€	€			Vorjahr	Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten							
a)	Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechsels			--		--	
b)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen*			3.249.591.273,92		4.323	
c)	Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			--	3.249.591.273,92	--	
2. Andere Verpflichtungen							
a)	Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			--		--	
b)	Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			--		--	
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen			8.285.438.531,74	8.285.438.531,74	6.909	

* Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben

Gewinn- und Verlustrechnung – Deutsche Postbank AG, Bonn, für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

Vergleichszahlen vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

Aufwendungen

	Vorjahr				Vorjahr	
	€	Mio €	€	€	€	Mio €
1. Zinsaufwendungen					2.934.236.677,01	3.027
2. Provisionsaufwendungen					340.799.930,60	364
3. Nettoaufwand des Handelsbestands					11.042.548,28	72
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			644.160.257,90			505
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			168.030.539,71	812.190.797,61		193
darunter: für Altersversorgung	120.103.015,45	146				
b) andere Verwaltungsaufwendungen				1.715.965.465,18	2.528.156.262,79	1.680
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					34.593.897,54	32
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen					102.043.039,82	99
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					156.609.623,90	173
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					547.334.572,90	111
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme					99.275,28	1
10. Außerordentliche Aufwendungen					4.438.064,00	32
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					-16.859.831,86	318
davon aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern	-31.119.885,63	278				
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen					5.696.701,57	2
13. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					0,00	600
14. Jahresüberschuss					119.372.998,80	344
Summe der Aufwendungen					6.767.563.760,63	7.553

			Erträge	
	€	€	Vorjahr Mio €	€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.638.442.865,59		3.436	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.189.088.411,30	4.827.531.276,89	1.399	
2. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	685.384,94		5	
b) Beteiligungen	50.614,60		0	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	404.828.915,43	405.564.914,97	484	
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		233.498.174,69	267	
4. Provisionserträge		759.316.790,30	798	
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		114.384.905,99	655	
6. Sonstige betriebliche Erträge		427.267.697,79	482	
7. Außerordentliche Erträge		0,00	27	
Summe der Erträge		6.767.563.760,63	7.553	

			Vorjahr Mio €	
	€	€	€	€
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		119.372.998,80	344	
2. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-,-	-	
3. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		-,-	-	
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-	-	
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		-,-	-	
d) aus anderen Gewinnrücklagen		-,-	-	
4. Entnahmen aus Genusssrechtskapital		-,-	-	
5. Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter		-,-	-	
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		-,-	-	
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-	-	
c) in satzungsmäßige Rücklagen		-,-	-	
d) in andere Gewinnrücklagen		-,-	-	
7. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals		-,-	-35	
8. Wiederauffüllung der Vermögenseinlage stiller Gesellschafter		-,-	-7	
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		119.372.998,80	302	

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Anhang Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr 2011

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zu dem Vorjahr unverändert.

2. Bilanzierung und Bewertung

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Bewertungseinheiten

Die Postbank bildet Bewertungseinheiten auf Vermögensgegenstände als Mikrohedges zur Absicherung ihrer Zinsänderungsrisiken. Ziel ist es, Zinsschwankungen bei Vermögensgegenständen durch betragswährungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte abzusichern.

Die Bildung von Bewertungseinheiten im HGB-Abschluss erfolgt nach den Vorgaben des § 254 HGB unter Beachtung des IDW RS HFA 35. Die Sicherungsbeziehungen enden, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nicht mehr erfüllt sind.

Die Effektivitätsprüfung für alle Bewertungseinheiten erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grund- und Sicherungsgeschäft. Die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden mit der Marktveränderung des Sicherungsinstruments für jede Sicherungsbeziehung retrograd miteinander verglichen. Soweit sie sich ausgleichen (effektiver Teil), werden sie bilanziell nicht erfasst. Ineffektive Wertänderungen werden – soweit negativ – als Drohverlustrückstellung erfasst. Wertänderungen des Grundgeschäfts, die nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsregeln erfasst.

Die Postbank hat Bewertungseinheiten zwischen Schuldverschreibungen des Umlaufvermögens (Liquiditätsreserve) als Grundgeschäft und Zinsswaps als Sicherungsinstrument gebildet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Buchwert der abgesicherten Schuldverschreibungen 7.603 Mio € (Vorjahr: 9.166 Mio €). Am Abschlussstichtag betragen die Wertveränderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Grundgeschäfte entfallen, 498,4 Mio € (Vorjahr: 339,9 Mio €). Dagegen standen Wertveränderungen der Sicherungsgeschäfte von –496,9 Mio € (Vorjahr: –315,1 Mio €). Die Wirksamkeit, als retrospektiver Effektivitätstest, der Sicherungsbeziehung wird auf Basis der Dollar-Offset-Methode nachgewiesen. Für den Abschlussstichtag ist eine absolute Wertveränderung von 100,4% ermittelt worden, sodass sich die Wertveränderungen weitgehend ausgleichen. Die zukünftigen zinsinduzierten Wertveränderungen des Grundgeschäfts werden grundsätzlich über ein laufzeitkongruentes Sicherungsinstrument bis zur Endfälligkeit der Schuldverschreibung abgesichert. Für die Ermittlung des abgesicherten Risikos werden die für die Bilanzierung im Hedge Accounting nach IFRS ermittelten Hedge Fair Values verwendet.

Handelsbestand

Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, wird der beizulegende Zeitwert durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags ermittelt. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden bestimmt.

Soweit derivative Produkte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, sind sie zu aktuellen Marktpreisen (Fair Value) bewertet worden.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis von Bewertungsmethoden – für mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente sowie für die Anhangangaben bei nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumenten – werden in größtmöglichem Umfang beobachtbare Marktdaten verwendet. Die Postbank nutzt dabei größtenteils sogenannte Discounted-Cashflow-Methoden. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spreadkurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates

genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Zuordnung einzelner Finanzinstrumente zum Handelsbestand hat die Postbank auf Grundlage interner Richtlinien und Prozesse geregelt. Anwendung finden hierfür die Kriterien der Postbank für die Einbeziehung von Geschäften in das Handelsbuch nach § 1a Abs. 1 KWG.

Zinsderivate innerhalb der Handelsportfolien (inklusive der Portfolien „Liquiditätsoptimierung“ und „Handel Zinsen“) werden mit Marktkursen bewertet. Der Ausweis erfolgt unter der Bilanzposition Handelsbestand auf der Aktiv- bzw. Passivseite. Darüber hinaus werden auch alle aktien- und währungsbezogene Derivate des Handelsbestands mit ihrem beizulegenden Zeitwert unter den genannten Positionen ausgewiesen. Das sich ergebende Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam vereinnahmt. Des Weiteren werden Geldhandelspositionen sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als auch Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Handelsbestands in diesen Bilanzpositionen gezeigt. Der Ansatz erfolgt zum Fair Value. Wertänderungen während der Laufzeit werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst.

Auf den Handelsbestand der Postbank wurde im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2011 ein Risikoabschlag in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) ermittelt und erfolgswirksam gegen das Nettoergebnis des Handelsbestands eingestellt. Als Berechnungsverfahren wird der Value-at-Risk (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) unter Berücksichtigung der Korrelationen zwischen Risikofaktoren und Portfolien genutzt.

Für strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, wird aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit verifizierbarer, indikativer Kurse weiterhin ein internes Bewertungsmodell eingesetzt, das in größtmöglichem Umfang Marktdaten verwendet.

Im Bereich des besicherten Geldhandels wird eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bei übereinstimmender Fälligkeit, Währung und gleichem Kontrahenten vorgenommen, sofern die Aufrechnungsbedingungen erfüllt sind. In der Bilanz erfolgt ein saldierter Ausweis der Verrechnungsspitze.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Derivate des Nichthandelsbestands

Sofern Zinsderivate, wie insbesondere Zinsswaps, Zinsfutures und Forward Rate Agreements, nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden diese als schwebende Geschäfte nach den hierfür geltenden Grundsätzen behandelt. Wurden negative Wertveränderungen in der Folgebewertung festgestellt, erfolgt die bilanzielle Berücksichtigung im Rahmen der bei Kreditinstituten etablierten Bilanzierungskonvention. Der Aufwand wird je nach Zweck des Derivats erfasst im Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen im Kreditgeschäft“ (Sicherungsinstrumente für Zinsänderungsrisiken

von Schuldverschreibungen der Liquiditätsreserve) bzw. im Zinsergebnis, wenn das Derivat zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt wird. Gezahlte Initial Margins werden in dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen. Im Falle einer Verpfändung von Wertpapieren werden diese weiterhin bei der Postbank als rechtl. und wirtschaftl. Eigentümer ausgewiesen.

Bei Optionen, die nicht dem Handelsbestand oder einer Bewertungseinheit zuzuordnen sind und bei denen die Postbank Optionsberechtigter ist, erfolgt die Zugangsbewertung in Höhe der gezahlten Optionsprämie. Der Ausweis erfolgt im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, sofern es sich um Optionsscheine handelt. Die Folgebewertung erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen nach § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB.

Die im Rahmen der Zinsrisikosteuerung eingesetzten Derivate unterliegen gemäß der bei Kreditinstituten etablierten Bilanzierungskonvention keiner bilanziellen Einzelbewertung. Das Zinsänderungsrisiko dieser Bestände wird anhand einer Barwertanalyse auf aggregierter Ebene bewertet. Sollte aus dieser Analyse ein Verlust resultieren, erfolgt die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus Zinsänderungsrisiken. Zusätzlich wird die risiko-reduzierende Wirkung der im Rahmen der Zinsrisikosteuerung eingesetzten Derivate nachgewiesen.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere werden gemäß § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Asset Backed Securities sind in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in Euro umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer.

Für den Geschäfts- und Firmenwert wird eine betriebliche Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt. Die Gründe für die Länge der Nutzungsdauer liegen in der Annahme der Schätzung der voraussichtlichen Nutzung.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Soweit erforderlich werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kosten für die laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 410 € werden im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig aufgelöst. Erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen bei Mikroswaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden grundsätzlich abgegrenzt und über die Laufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst. Gegen den Abschreibungsbedarf auf den Basiskontrakt wird kompensierend die Auflösung der Close-out-Zahlung gebucht.

Latente Steuern

Die Postbank macht von dem Aktivierungs- und Saldierungswahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 und 3 HGB seit dem Jahr 2010 Gebrauch.

Die Postbank bildet latente Steuern für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach HGB ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen. Gleichermaßen werden Verlustvorträge, Steuergutschriften und Zinsvorträge insoweit bei der Berechnung der latenten Steuern berücksichtigt, als eine Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre wahrscheinlich ist. Der Bewertung liegt ein Steuersatz von 29,83 % zugrunde.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Agien/Disagien werden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds werden nach der Effektivzins-Methode amortisiert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr 2011 emittierte die Postbank ihren fünften Jumbo-Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd €. Die Emission hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird mit 3,625 % jährlich verzinst.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet. Als versicherungsmathematisches Verfahren verwendet die Postbank für die Berechnung die „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen der Berechnung zugrunde:

	31.12.2011	31.12.2010
Rechnungszinsfuß	5,14 %	5,15 %
Gehaltsdynamik	2,60 %	2,50 %
Anpassungsrate für Renten	2,10 %	2,00 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60 – 63 Jahre	60 – 63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Aufgrund der neuen Bewertungsvorgaben für Altersversorgungsrückstellungen, die durch das BilMoG am 29. Mai 2009 in Kraft getreten sind, ergab sich bei der Postbank zum 1. Januar 2010 ein Unterschiedsbetrag zum bisherigen Recht in Höhe von 66,6 Mio €, der bis 2024 mit mindestens einem Fünftel jährlich zugeführt werden muss. Bis zum 31. Dezember 2011 wurden kumuliert 8,9 Mio € zugeführt, davon im Geschäftsjahr 2011 4,4 Mio €, sodass sich ein Restunterschiedsbetrag in Höhe von 57,7 Mio € ergibt. Die jährlichen Zuführungsbeträge werden jeweils erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig. Für in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen werden in Höhe ihres Erfüllungsbetrages gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Zinskurve bewertet. Der aus der Aufzinsung resultierende Zinseffekt wird für bankgeschäftliche Rückstellungen als Zinsaufwand und für nicht bankgeschäftliche Rückstellungen als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die von für diesen Zweck bestehenden Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 256a HGB mit den am Abschlussstichtag gültigen Devisenkassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtags bewertet. Für Fremdwährungsgeschäfte im Bankbuch erfolgte eine Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung der Swapstellen.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung aufgrund der gesamtheitlichen Steuerung durch das Treasury und dem Verzicht auf strategische Währungspositionen als besonders gedeckt eingestuft und bewertet (§ 340h i.V.m. § 256a HGB). Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Erfolgsrechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst. Auszondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hält, wie in der WpHG-Meldung vom 3. Januar 2011 mitgeteilt, per 1. Januar 2011 mittelbar über ihre Tochtergesellschaften DB Finanz-Holding GmbH und DB Valoren S.à.r.l. bzw. DB Equity S.à.r.l. 51,98 % der Stimmrechte (113.735.431 Aktien) an der Postbank.

Die Postbank ist seit dem 3. Dezember 2010 im Konzernabschluss der Deutschen Bank AG vollkonsolidiert.

Die Deutsche Post AG hielt am 31. Dezember 2011 39,5 % der Aktien (86.417.432 Aktien) an der Postbank. Die verbleibenden 8,5 % der Aktien befinden sich im Streubesitz.

Die Postbank hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der Verordnung über die RechKredV und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Am 10. Januar 2012 haben zwischen der Deutschen Bank AG und der Postbank Verhandlungen über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der DB Finanz-Holding GmbH (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen und der Postbank als beherrschtem Unternehmen begonnen.

Am 27. Februar 2012 wird eine Pflichtumtauschanleihe der Deutschen Post AG fällig, wonach die Deutsche Bank AG berechtigt ist, weitere 27,4 % der Aktien (60.000.000 Aktien) der Postbank zu beziehen. Über weitere 12,1 % (26.417.432 Aktien) wurden Optionsgeschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Post AG geschlossen. Der Ausübungszeitraum für die Call Option liegt zwischen dem 28. Februar 2012 und dem 25. Februar 2013; das Datum ihres Verfalls ist der 25. Februar 2013.

IV. KWG Grundsätze

Infolge der bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierung durch die Deutsche Bank AG ist die Postbank nicht mehr übergeordnetes Institut einer bankaufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, sondern nachgeordnetes Institut der Deutschen Bank AG; die Postbank Gruppe bildet für sich genommen keine Institutsgruppe mehr. Damit sind die Anwendungsvoraussetzungen des sogenannten Waivers nach § 2a Abs. 6 KWG für die Postbank nicht mehr erfüllt, sodass diese wieder den Vorschriften des § 10 KWG sowie der §§ 13 und 13a KWG auf der Ebene des Einzelinstituts unterliegt. Zum 31. Dezember 2011 beträgt die Tier-I-Quote 8,1 %, die Gesamtkennziffer 14,3 %. Seit dem Meldestichtag 31. Dezember 2010 erstellt die Postbank wieder die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß KWG.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	13.025	10.979
Forderungen an Kunden	4.215	4.750
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.383	5.916
Sonstige Vermögensgegenstände	471	318
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	52	49
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	21
Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52	83
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0

Der Anstieg der Forderungen an verbundene Kreditinstitute resultiert im Wesentlichen aus Tages- und Termingeschäften mit der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg.

Die Reduzierung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus der vorzeitigen Tilgung von Schuldverschreibungen (Verbriefungen).

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	173	173
davon mindestens drei Monate, aber weniger als vier Jahre	0	0
davon vier Jahre oder länger	173	173

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	21.534	21.759
weniger als vier Jahre	418	279
davon vier Jahre oder länger	21.116	21.480
Sicherung durch Grundpfandrechte	27.507	29.439
davon als Deckung verwendet	18.103	17.949
Kommunaldarlehen	3.431	3.810
davon als Deckung verwendet	3.431	3.810

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	29.221	39.572
Geldmarktpapiere		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	1.067
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	1.696
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	13.732	16.594
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	178	155
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	14.309	18.762
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	1.002	1.298
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	6.917	5.879

Im Anlagevermögen sind 37 Wertpapiere mit einem Buchwert von 6.787 Mio € (Vorjahr: 5.760 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags, Abschreibungen in Höhe von 771 Mio € (Vorjahr: 550 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um einen ABS (Buchwert 15 Mio €, Marktwert 14 Mio €), der in einem außereuropäischen Land emittiert worden ist, sowie um 17 Anleihen von Banken (Buchwert 1.242 Mio €, Marktwert 1.155 Mio €) und 18 Staatsanleihen (Buchwert 5.500 Mio €, Marktwert 4.836 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind. Des Weiteren hält die Bank einen ABS (Buchwert 30 Mio €, Marktwert 11 Mio €), der auf der Kanalinsel Jersey C. I. emittiert worden ist.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden zwei italienische Staatsanleihen mit einem Buchwert von 2.504 Mio € in das Anlagevermögen umgewidmet, für die eine Veräußerung in absehbarer Zeit nicht vorgesehen ist. Bei einer Bewertung der umgewidmeten Wertpapiere mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags hätten Abschreibungen in Höhe von 242,4 Mio € vorgenommen werden müssen.

Die Wertänderungen bei den verzinslichen Wertpapieren sind zins- und credit-spread-induziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Für die gemäß IDW RS HFA 22 von den synthetischen Collateralized Debt Obligations abgespaltenen Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 8,3 Mio € berücksichtigt. Im Geschäftsjahr sind, bedingt durch den Verkauf von sieben Wertpapieren, Drohverlustrückstellungen in Höhe von 111 Mio € verbraucht und 5,4 Mio € erfolgswirksam aufgelöst worden.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	23	312
davon börsennotierte Wertpapiere	13	303
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	10	9
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0

Die Handelsaktivitäten der Postbank umfassen den Handel mit derivativen Finanzinstrumenten, Geldhandelsforderungen und -verbindlichkeiten, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet. Hierauf wird ein Abschlag in Höhe des 10-Tages-VaR vorgenommen, der gesondert ausgewiesen ist.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsbestand		
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.462	22.637
Geldhandelsforderungen	12.926	3.629
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	120	637
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	13
Risikoabschlag	-12	-6

Reverse Repos in Höhe von 12.712 Mio € werden als Geldhandelsforderungen bilanziert. Die aus diesen Geschäftstypen entstandenen Zinsen in Höhe von 279 Mio € werden als Zinserträge erfasst.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsbestand		
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.551	23.305
Geldhandelsverbindlichkeiten	2.082	823
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Entleihe des Handels	0	0
Leerverkäufe	0	8

Im Handelsbestand werden unter den Geldhandelsforderungen und Geldhandelsverbindlichkeiten im Wesentlichen Wertpapierpensionsgeschäfte ausgewiesen.

Im Handelsbestand auf der Passivseite werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, Verbindlichkeiten des Handelsbestands sowie Leerverkäufe ausgewiesen. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet.

Repos in Höhe von 420 Mio € werden als Geldhandelsverbindlichkeiten bilanziert. Entstandene Zinsen aus diesen Geschäftstypen in Höhe von 133 Mio € werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Als Sicherheiten im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften wurden Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 9.374 Mio € herausgegeben.

Eine positive Änderung des Marktzinssatzes um einen Basispunkt würde einen Anstieg der Fair Values zinsbezogener derivativer Finanzinstrumente um ca. 330 T€ erwirken.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	4	5
davon börsennotiert	4	5
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	3.683	3.705
davon börsennotiert	0	0
davon nicht börsennotiert	3.683	3.705

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungs- kosten 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Wechsel- kurs-/Zinsab- grenzungs- änderungen	Kumulierte Abschrei- bungen	Kumulierte Zuschrei- bungen	Restbuchwert 31.12.2011	Abschreibung Geschäftsjahr 2011	Zuschreibung Geschäftsjahr 2011
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Schuldverschrei- bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.477	2.504	-1.574	-6	-453	0	9.948	-453	0
Beteiligungen	20	1	0	0	-6	0	15	-2	0
Anteile an verbunde- nen Unternehmen	11.527	28	-1.379	0	-1.174	301	9.303	-19	27
Sachanlagen	997	1	-17	0	-461	0	520	-26	0
Immaterielle Anlagewerte	97	0	0	0	-24	0	73	-9	0
Gesamt	22.118	2.534	-2.970	-6	-2.118	301	19.859	-509	27

Die Zugänge bei den Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betreffen die im Geschäftsjahr 2011 von der Liquiditätsreserve in den Anlagebestand umgewidmeten Wertpapiere. Es wurden zwei italienische Staatsanleihen mit einem Buchwert von 2.504 Mio € umgewidmet.

Bei den Abgängen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelte es sich um endfällige Anleihen mit einem Buchwert von 630 Mio € und der Umwidmung von zwei Anleihen in die Liquiditätsreserve mit einem Buchwert von 194 Mio €. Des Weiteren wurden Anleihen mit einem Buchwert in Höhe von 750 Mio € verkauft.

Im Zuge der Griechenlandkrise sind Abschreibungen und realisierte Verkaufsverluste auf griechische Staatsanleihen in Höhe von 495 Mio € angefallen.

Bei den Zugängen der Anteile an verbundenen Unternehmen handelte es sich um nachfolgende Sachverhalte:

Mit Wirkung zum 19. Dezember 2011 hat die Postbank alle Geschäftsanteile der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH von der Betriebs-Center für Banken AG übernommen (22 Mio €).

Im Spruchverfahren zum Squeeze-out der BHW Holding wurde am 12. April 2011 ein gerichtlicher Vergleich geschlossen. Danach zahlte die Postbank jedem ehemaligen Minderheitsaktionär der BHW Holding AG zusätzlich zu der bereits gezahlten Squeeze-out-Barabfindung einen Betrag in Höhe von 1,79 € zuzüglich Zinsen je BHW Aktie. Die Barabfindung wurde auf insgesamt 16,90 € zuzüglich Zinsen je Aktie erhöht. Mit Abschluss des Vergleichs wurde das Verfahren rechtskräftig beendet. Die Zugänge enthalten die Kosten des Squeeze-out in Höhe von 6 Mio €.

Die Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen entfallen vollständig auf die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezialinvest.

Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 hat die Postbank die vollständig von Merkur I SICAV-FIS gehaltenen Anteile am Teilgesellschaftsvermögen (TGV) PB 24 (1.027 Mio €) im Tausch gegen Anteile an Merkur I SICAV-FIS (1.016 Mio €) erhalten. Des Weiteren wurden im August und Oktober 2011 weitere Anteile an Merkur I SICAV-FIS in Höhe von 334 Mio € an die Gesellschaft rückübertragen. Im November 2011 wurde Merkur I SICAV-FIS aufgelöst. Im Zusammenhang mit der vollständigen Kapitalrückführung von Merkur I SICAV-FIS wurde ein Buchgewinn in Höhe von 9 Mio € erzielt. Die von Merkur I erhaltenen Anteile am Teilgesellschaftsvermögen (TGV) PB 24 wurden zum 30. Dezember 2011 unter Realisierung von stillen Reserven in Höhe von 59 Mio € an die PB Capital Corporation (Delaware, USA) übertragen.

Darüber hinaus enthalten die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen die Reduzierung der Kapitalrücklage der Betriebs-Center für Banken AG (22 Mio €) sowie der Postbank Direkt GmbH (5 Mio €).

Die Abschreibungen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezialinvest mit insgesamt 12 Mio € und die BHW Direktservice GmbH (1 Mio €). Aktivierte Kosten des Squeeze-out der BHW Holding AG wurden in voller Höhe abgeschrieben (6 Mio €).

Die Abschreibungen bei den Beteiligungen betreffen im Wesentlichen die Hypoport AG (1 Mio €).

Die Sachanlagen von insgesamt 520 Mio € entfallen auf die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude in Höhe von 511 Mio € sowie auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 9 Mio €.

Im Berichtsjahr 2011 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 6 Mio € vorgenommen. Diese entfielen in voller Höhe auf die eigengenutzten Grundstücke und Gebäude.

Die immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf die von der PB Systems AG übernommenen Nutzungsrechte der Corebanking Plattform.

Investmentvermögen

	Buchwert	Marktwert	Differenz Markt-/ Buchwert	Aus- schüttung	Tägliche Rückgabe- möglich- keit	Unterlassene Abschrei- bung
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €		Mio €
	31.12.2011	31.12.2011		2011		
PB Spezialinvest						
TGV PB 02	468	491	23	22	Ja	0
TGV PB 03	133	134	1	2	Ja	0
TGV PB 04	114	114	0	0	Ja	0
TGV PB 05	34	35	1	2	Ja	0
TGV PB 06	53	53	0	2	Ja	0
TGV PB 07	282	282	0	0	Ja	0
TGV PB 08	475	496	21	31	Ja	0
TGV PB 09	529	534	5	56	Ja	0
TGV PB 10	235	235	0	1	Ja	0
TGV PB 11	609	613	4	10	Ja	0
TGV PB 12	231	231	0	1	Ja	0
TGV PB 13	333	337	4	13	Ja	0
TGV PB 14	333	336	3	6	Ja	0
TGV PB 15	149	149	0	3	Ja	0
TGV PB 16	274	274	0	0	Ja	0
TGV PB 17	201	202	1	0	Ja	0
TGV PB 18	337	337	0	3	Ja	0
TGV PB 20	131	131	0	0	Ja	0
TGV PB 21	193	207	14	7	Ja	0
TGV PB 22	69	69	0	2	Ja	0
TGV PB 24	0	0	0	35	Ja	0
Sonstige Fonds						
Aktienfonds	0	0	0	0	Ja	0
Gemischter Fonds	10	10	0	0	Ja	0
Immobilienfonds	13	13	0	0	Ja	0
Rentenfonds	454	456	2	0	Nein	0

Die Teilgesellschaftsvermögen 2-24 haben als Anlageziel den Kauf von Unternehmensanleihen (Investmentgrade/High Yield). Des Weiteren befinden sich Wertpapiere im Bestand, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Die Teilgesellschaftsvermögen haben im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 196 Mio € ausgeschüttet. Die tägliche Rückgabe ist bei allen Fonds gegeben. Es wurde keine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Anteile an der PB Spezialinvest werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Die Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	472	330
Steuererstattungsansprüche	191	306
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	65	61
Einzugspapiere	1	18

Die Postbank weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen Forderungen aus Gewinnabführung von insgesamt 403 Mio € aus. Diese entfallen auf die Postbank Filialvertrieb AG (104 Mio €), die PB Firmenkunden AG (68 Mio €), die PB Factoring GmbH (35 Mio €), die Postbank Systems AG (17 Mio €), die Deutsche Postbank Financial Services GmbH (6 Mio €), die Postbank Direkt GmbH (2 Mio €) sowie die Postbank Leasing GmbH (0,5 Mio €) und die Postbank Beteiligungen GmbH (0,3 Mio €). Des Weiteren besteht eine Forderung aus der Ausschüttung der BHW Holding AG in Höhe von 170 Mio €.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-out-Zahlungen bei Mikroswaps	1.573	1.789
Abgrenzung Emissionskosten/Disagio	69	72
Agioabgrenzungen aus Forderungen	47	75
Investitionszuschüsse	23	29

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	11.442	12.175
bis 3 Monate	4.780	5.805
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.294	640
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.660	2.025
mehr als 5 Jahre	2.708	3.705
Forderungen an Kunden	70.246	71.347
bis 3 Monate	11.258	11.186
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.474	5.181
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	24.499	25.630
mehr als 5 Jahre	26.740	26.805
mit unbestimmter Laufzeit	2.275	2.545

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	2.210	6.392

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	12.881	12.957

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Treuhandvermögen	856	934
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kunden	801	883
Forderungen an Kreditinstitute	55	51

Den traditionellen Schwerpunkt des Treuhandgeschäfts bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligungen und Bürgschaften.

Aktive latente Steuern

Auf temporäre Differenzen entfallen im Geschäftsjahr rund 409 Mio € latente Steuern. Steuerliche Verlustvorträge sind nicht vorhanden.

Nachfolgende tabellarische Darstellung zeigt die latenten Steuern auf temporäre Differenzen:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	0	1
Forderungen an Kunden	122	141
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	33	15
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9	16
Anteile an verbundenen Unternehmen	107	30
Sachanlagen	28	29
Sonstige Aktiva	0	1
Immaterielle Anlagewerte	41	51
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	15
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, Andere Rückstellungen	54	78
Sonstige Passiva	1	1
Summe	409	378

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52	125
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.265	1.257
Sonstige Verbindlichkeiten	68	190
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in verbriefter Form enthalten:		
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.600	1.600
Genussrechte	20	20
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	257	41
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	120	234
Steuerverbindlichkeiten	119	111
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-Out-Zahlungen bei Mikroswaps	724	737
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	41	45
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	9	10

Ausführungen zur Bilanzposition Handelsbestand siehe Seite 45.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalbezogene Rückstellungen	263	119
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	17	127

Nachrangige Verbindlichkeiten

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agioeträge) angefallen in Höhe von:	177	174

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.756	9.860
bis 3 Monate	612	1.424
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.519	1.583
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.293	2.161
mehr als 5 Jahre	5.332	4.692

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	153	164
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	54	57
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	99	107
mehr als 5 Jahre	0	0

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	25.341	24.423
bis 3 Monate	6.312	4.592
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.079	2.488
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.140	3.565
mehr als 5 Jahre	12.810	13.778

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	572	739
Andere verbiefte Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.738	2.862
bis 3 Monate	1.258	1.793
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	480	1.069
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	12.654	12.985
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung an den Pfandpool der LZB abgetreten	1.800	0
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	856	934
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	446	483
Kapital Zweckvermögen	353	394
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	45
Altenteilerrentenfonds	12	12
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Genussrechte	1.172	1.198
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenusssscheine	580	580
Namensgenusssscheine	592	618

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr beträgt der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB unverändert zum Vorjahr: 1.765 Mio €.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015. Im Berichtsjahr wurde von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, kein Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Veränderung des Eigenkapitals		Mio €
Stand 01.01.2011		2.621
Gezeichnetes Kapital		547
Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter		20
Kapitalrücklage		1.090
Andere Gewinnrücklagen		
Gewinnrücklagen Bestand 01.01.2011	662 Mio €	
Einstellung in die Gewinnrücklagen	302 Mio €	964
Jahresüberschuss 2011		119
Stand 31.12.2011		2.740

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Postbank einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 119 Mio € erzielt.

Nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands soll der Bilanzgewinn in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

Dem haftenden Eigenkapital werden keine nicht realisierten Reserven im Sinne des § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 6 oder 7 KWG zugerechnet.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	20	20

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr, in dem ein Jahresüberschuss erzielt wird, eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt. Im Fall eines Jahresfehlbetrags ist dieser von der stillen Einlage im Verhältnis ihres Buchwerts zum gesamten in der Bilanz ausgewiesenen haftenden Eigenkapital der Bank, das am Verlust teilnimmt, abzusetzen. Gleichzeitig erhalten die stillen Gesellschafter keine Vergütung für die Einlage.

III. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corporation (PB Capital) in Höhe von 208 Mio € aus. Diese besteht im Wesentlichen aus einer Garantie für die Anmietung von Büroräumen, für Verpflichtungen aus Derivaten sowie für Repogeschäfte und Geschäfte mit der Deutschen Bank und weiteren Banken. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PB Finance für das CP-Programm in Höhe von 1.100 Mio € aus. Die Postbank weist außerdem eine Garantie gegenüber der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, in Höhe von 640 Mio € aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risiko-unterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u.a. die Großkreditgrenze der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, überschreiten. Ferner zeigt sie im Rahmen einer Verbriefungstransaktion eine Garantie zugunsten der KfW als Sicherungsnehmer unter der Senior Garantie in Höhe von 517 Mio €.

Die zugunsten verbundener Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

IV. Andere Verpflichtungen

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Andere Verpflichtungen		
In dieser Position sind enthalten:		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.285	6.909
davon: bereitgestellte Baudarlehen	2.059	1.903

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 bestanden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 12.075 Mio €.

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen lagen zum Bilanzstichtag keine vor.

Die nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 RechKredV anzugebende Methodik für die Beurteilung und Quantifizierung der ausgewiesenen vertraglich eingegangenen aber in der Realisierung nicht wahrscheinlichen Haftungs- oder Kreditrisiken sowie der Verpflichtungen aus Geschäften, bei denen die Postbank eine (unwiderrufliche) Vereinbarung getroffen hat und damit künftig einem Kredit- bzw. Liquiditätsrisiko ausgesetzt ist, ist im Lagebericht der Postbank im Abschnitt Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ beschrieben.

V. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten im Wesentlichen das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von –198 Mio € (Vorjahr: –393 Mio €). Des Weiteren betrug die Risikovorsorge auf Wertpapiere 42 Mio €. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass das gute Ergebnis aus dem Vorjahr trotz dem anhaltenden niedrigen Zinsniveau nicht wieder erreicht wurde. Die Bonitätsverschlechterung einiger Emittenten hat im Berichtsjahr zu einem Überhang der Abschreibungen auf Rentenpapieren über den Zuschreibungen von –127 Mio € geführt. Durch die Veräußerung von Rentenpapieren konnten auf Vorjahresniveau Kursgewinne in Höhe von 225 Mio € realisiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Effekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 34 Mio €, Gerichts- und Prozesskosten von 22 Mio € sowie Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation von 9 Mio €.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen (495 Mio €) und die realisierten Verkaufsverluste (31 Mio €). Auf griechische Staatsanleihen wurde eine Wertkorrektur auf 27 % des Nominalwertes vorgenommen. Darüber hinaus wurden Abschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte der PB Spezialinvest (12 Mio €), der BHW Holding AG (6 Mio €), der BHW Direktservice GmbH (1 Mio €) und der Hypoport AG (1 Mio €) vorgenommen.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die realisierten Gewinne aus der Anteilsrückgabe bzw. der Übertragung des TGV PB 24 auf die PB Capital Corporation, Delaware, USA (59 Mio €), der Zuschreibung der PB Spezialinvest (27 Mio €) sowie der vollständigen Anteilsrückgabe des Merkur I SICAV-FIS (9 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen (249 Mio €) sowie Erträge aus Mieten und Pachten (61 Mio €).

Die Postbank hat aus der Erstanwendung des BilMoG den bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen resultierenden Unterschiedsbetrag in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 7 EGHGB mit –4 Mio € (Vorjahr: –5 Mio. €) im außerordentlichen Ergebnis erfasst.

Die Erträge aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 17 Mio € (Vorjahr: Aufwand –318 Mio €). Hiervon entfallen 12 Mio € auf Steuern aus Vorjahren und –26 Mio € auf die laufenden Ertragsteuern. Darüber hinaus entfallen 31 Mio € auf Erträge aus latenten Steuern.

Erträge nach geografischen Märkten

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Deutschland	2.881	2.854
Übrige	60	77
davon Europa	60	77
Gesamt	2.941	2.931

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss (inklusive laufender Erträge aus Aktien, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen), Provisionsüberschuss und Nettoaufwand des Handelsbestands.

C. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttozüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttozüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank nutzt Leasinggeschäfte als Finanzierungsalternative in einem überschaubaren Ausmaß. Die Vorteile liegen für die Bank im Wesentlichen in der Liquiditätsschonung. Diesem Vorteil steht das Risiko gegenüber, dass die Leasinggegenstände nicht über die gesamte Vertragsdauer benötigt werden.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 118 Mio €.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochtergesellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corporation, Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle vier Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetzlichen Regelungen sowie gesellschaftsvertraglichen und anderen Vereinbarungen.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

In allen genannten Fällen stehen dem Risiko aus einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung, bezogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft, gegenüber.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Dienstleistung für Verwaltung und Vermittlung

Die Bank erbringt Dienstleistungen für die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen sowie Investmentfondsanteilen im Rahmen der mit der HUK Coburg, Talanx-Gruppe und DWS-Gruppe sowie mit der BHW Bausparkasse getroffenen Kooperationsverträge.

II. Ausschüttungssperre

Die gegen Ausschüttung gesperrten Beträge stellen sich bei der Postbank folgendermaßen dar:

Gesamtbetrag der gegen Ausschüttung gesperrten Beträge i.S.d. § 268 Abs. 8 HGB (§ 285 Nr. 28 HGB)	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0
Aktive latente Steuern	409	378

III. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2011	Gesamt 2010
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.604	2.592
Teilzeit	280	254
Beamte Vollzeit	1.245	1.360
Beamte Teilzeit	257	282
	4.386	4.488
Nachwuchs		
Auszubildende	290	303
Trainees	0	0
Ausbildungsintegriertes Studium	17	15
	307	318
Gesamtsumme Mitarbeiter	4.693	4.806

IV. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	299.182	33.227
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	4.330	1.280
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	983.831	0 ¹
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	82.451	2.324
BHW Holding Aktiengesellschaft, Berlin/Hameln	100,0	912.156	184.653
BHW-Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.728	567
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	50	355
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	25	0
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	4	-4
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	36	7
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	87	20
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	60	3
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	832.435	91.264
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	31.745	11.325
DPBI Immobilien KGaA, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	348	120
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	63.527	395
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	16.659	819
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	25	1
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	7.554	0 ^{2,7}
PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA	100,0	488.847	82.871 ²
PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ^{2,7}
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	190	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	2.257	376 ^{2,7}
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	15.220	-601 ^{2,7}
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0	6.513.539	435.522
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	657.491	0 ²
PB (USA) Realty Corporation, New York, USA	94,7	1.194.578	60.670 ²
PMG Collins, LLC, Tallahassee, Florida, USA	100,0	9.287	975 ²
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310	0 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	20.858	0 ¹
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	30.130	-19.936
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	0	739
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	9.011	2.603
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ¹
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	12.896	4.048

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.509	44
BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	100,0	521	-3.332
BHW Financial S.r.l., Verona, Italien	100,0	882	139
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.611	594
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	0	0 ³
DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	8.191	-6.041 ³
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	192	86
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG, Hamburg	65,2	2.985	-7.301
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	74,0	0	-2.759
Iphigenie Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	22	0
PB Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	54	-1
PB Service GmbH, Bonn	100,0	55	-1
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.083	193
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	29	2

Erläuterungen zu den Fußnoten in dieser Tabelle finden Sie auf S. 56.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
b) Beteiligungen			
IG BCE Mitglieder-Service GmbH, Hannover	50,0	131	-22
Regent's Park Estates (GP) Limited, Douglas, Isle of Man	50,0	0	0 ³
Regent's Park Estates Limited Partnership, Douglas, Isle of Man	50,0	28.440	-139 ³
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	177	-24
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	40,7	0	-2.744
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	-130
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	30,6	0	-1.228
SRC Security, Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.532	853
GENOPACE GmbH, Berlin	15,0	200	0 ¹
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin	14,1	17.023	-2
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	31.803	-2.206
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	11,0	36.664	1.590
Gut Dummerstorf GmbH, Dummerstorf	11,0	747	14
MetallRente Pensionsfonds AG i.G., Stuttgart	10,0	-	- ⁴
LHA Anlagenverwaltungsgesellschaft mbH, München	10,0	134	-44
Hypoport AG, Berlin	9,7	29.506	2.560
SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Schwalbach KG, Düsseldorf	9,5	0	-479 ⁵
SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rathaus Lübben KG, Düsseldorf	9,5	0	18 ⁵
MAXUL Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	9,0	14	2 ⁶
Eurogiro A/S, Taastrup, Dänemark	8,6	-	- ⁴
SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sonderhausen KG, Düsseldorf	7,5	0	193
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bankakademie KG, Düsseldorf	6,0	0	40 ⁴
SAB Spar- und Anlageberatung GmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	6,0	-	- ⁴
SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BBS IV Oldenburg KG, Düsseldorf	5,5	-	- ^{4,5}
TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Perleberg KG, Düsseldorf	5,5	-	- ⁴
Von Gablenz Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,2	-	- ⁴
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	4,6	-	- ⁴
Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR, Hamburg	2,8	-	- ⁴
ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	1,5	-	- ⁴
EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	1,5	-	- ⁴
SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Magdeburg	1,3	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.3 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,7	-	- ⁴
Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	0,5	-	- ⁴
Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf	0,5	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.4 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,5	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.2 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,2	-	- ⁴
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	0,1	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.1 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,1	-	- ⁴

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 1,2939 USD

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 0,86075 GBP

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 Nummer 1 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %.

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %.

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

V. Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Das Vergütungssystem wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 an die regulatorischen Vorgaben der am 13. Oktober 2010 in Kraft getretenen Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) angepasst. Hierbei wurden aktienbasierte Vergütungskomponenten in Verbindung mit einer gesonderten Sperrfrist sowie ratieller Auszahlungstermine für die mit langfristiger Anreizwirkung versehenen Komponenten eingeführt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Postbank unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung.

Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung wird – wie bereits vor der Anpassung des Vergütungssystems –, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig ausgezahlt. Sie ist weiterhin aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente mit einem Anteil von 40 % und eine Langfristkomponente mit einem Anteil von 60 %.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr nach Feststellung der Zielerreichung ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien der Postbank (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Postbank des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wird der Eurobetrag anhand des dann aktuellen Xetra-Schlusskurses der Aktie der Postbank ermittelt und ausgezahlt. Zudem entfällt auf die virtuellen Aktien der Postbank ein Dividendenäquivalent, das der tatsächlichen ausgeschütteten Dividende entspricht.

Die Langfristkomponente steht nach wie vor insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernserfolgs sowie des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums und ist weiterhin an einen mehrjährigen Bemessungszeitraum geknüpft. Im ersten Jahr, das auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgt, wird das Erreichen der festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt. In den folgenden drei Jahren schließt sich die Nachhaltigkeitsphase an, während derer das vom Aufsichtsrat – gemäß den regulatorischen Vorgaben – zu Beginn dieser Phase festgelegte Nachhaltigkeitskriterium erfüllt werden muss. Dies ist das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernserfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich dem Wert oder besser oder am Ende der Nachhaltigkeitsphase durchschnittlich kumuliert besser als im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum zur Hälfte in bar ausgezahlt (Langfristkomponente I) und zur Hälfte in virtuelle Aktien der Postbank (Langfristkomponente II) umgewandelt werden.

Ist das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt, erfolgt die Auszahlung der Barkomponente sofort nach Feststellung durch den Aufsichtsrat. Die in virtuelle Aktien der Postbank umgewandelte zweite Hälfte der Langfristkomponente wird entsprechend der oben für die Kurzfristkomponente II beschriebenen Vorgehensweise behandelt.

Wird in einem Jahr das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die entsprechende Tranche der Langfristkomponente in das folgende Jahr verschoben. Die Auszahlungsfähigkeit wird dann erneut anhand des Nachhaltigkeitskriteriums geprüft. Ist das Nachhaltigkeitskriterium nach Ablauf des dritten Folgejahres – d. h. des letzten Jahres der Nachhaltigkeitsphase – nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller verschobenen Komponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System). Ferner besteht ein zusätzliches Malus-System, wonach die Auszahlung von noch ausstehenden Tranchen bzw. erfolgsabhängigen Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des jeweiligen Vorstandsmitglieds während der Nachhaltigkeitsphase rückwirkend gesenkt werden oder ganz entfallen kann. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen.

Die Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden Jütte wird im Fall einer vorzeitigen Beendigung durch Tod für drei Monate fortgezahlt. Beendet der Vorstandsvorsitzende Jütte aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig die Vorstandstätigkeit, hat er Anspruch auf Ruhegeld. Im Fall der vorzeitigen Beendigung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, erhält Herr Jütte ein Übergangsgeld in Höhe des zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Ruhegeldanspruchs.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011

Die neun im Geschäftsjahr 2011 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 9.701,1 T€ (Vorjahr: 9.763,4 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen bei der Umwandlung von Phantom Shares). Von diesem Gesamtbetrag entfallen 5.489,1 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.564,0 T€) und 4.212,0 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.199,4 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 842,4 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.039,9 T€) und 842,4 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.039,9 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene und aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2011 insgesamt 2.527,2 T€ (Vorjahr: 3.119,6 T€). Die Auszahlung bzw. die Umwandlung in Phantom Shares und die Sperrung erfolgen in den Geschäftsjahren 2013 bis 2015 nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien, andernfalls entfallen sie teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 179,1 T€ (Vorjahr: 164,0 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die Gesamtvergütung für die neun im Geschäftsjahr 2011 aktiven Vorstandsmitglieder kann sich auf 9.701,1 T€ (Vorjahr: 9.763,4 T€) belaufen (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen bei der Umwandlung von Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Postbank hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit wie oben beschrieben.

Vorstandsvergütung 2011

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen T€	Erfolgs-abhängige Vergütung		Zwischen-summe T€	Gesamt-summe T€	Auszahlungen für Vorjahre
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	Kurzfrist-kompo-nente I Unmittelbare Baraus-zahlung T€		Kurzfrist-kompo-nente II Umwandlung in Phantom Shares und gesperrt ¹ T€	Mögliche Langfrist-komponente Aufge-schoben ² T€			Langfrist-komponente 2010, 1. Tranche Baraus-zahlung ³ T€
Stefan Jütte	900,0	23,9	125,0	1.048,9	125,0	375,0	500,0	1.548,9	89,9
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,8	89,0	710,8	89,0	267,0	356,0	1.066,8	70,0
Marc Heß	650,0	20,2	108,0	778,2	108,0	324,0	432,0	1.210,2	70,0
Horst Kúpker	630,0	27,6	100,0	757,6	100,0	300,0	400,0	1.157,6	80,0
Dr. Michael Meyer	600,0	23,6	89,0	712,6	89,0	267,0	356,0	1.068,6	70,0
Hans-Peter Schmid	500,0	21,6	95,0	616,6	95,0	285,0	380,0	996,6	70,0
Ralf Stemmer	630,0	12,1	100,0	742,1	100,0	300,0	400,0	1.142,1	70,0
Hanns-Peter Storr (Mitglied seit 01.03.2011)	500,0	19,4	83,4	602,8	83,4	250,2	333,6	936,4	0,0
Frank Strauß (Mitglied seit 01.07.2011)	300,0	8,9	53,0	361,9	53,0	159,0	212,0	573,9	0,0
Gesamt	5.310,0	179,1	842,4	6.331,5	842,4	2.527,2	3.369,6	9.701,1	519,9

¹ Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Postbank (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Postbank des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung feststellt. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2013, 2014 und 2015 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³ Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Vorstandsvergütung 2010

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgs-abhängige Vergütung		Zwischensumme	Gesamtsumme
	Fixum	Neben-leistungen	Kurzfrist-kompo-nente I Unmittelbare Barauszahlung		Kurzfrist-kompo-nente II Umwandlung in Phantom Shares und gesperrt ¹	Mögliche Langfristkompo-nente Aufge-schoben ²		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Stefan Jütte	900,0	15,4	179,9	1.095,3	179,9	539,6	719,5	1.814,8
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,4	140,0	761,4	140,0	420,0	560,0	1.321,4
Marc Heß	600,0	26,9	140,0	766,9	140,0	420,0	560,0	1.326,9
Horst Küpker	600,0	34,5	160,0	794,5	160,0	480,0	640,0	1.434,5
Dr. Michael Meyer	600,0	28,9	140,0	768,9	140,0	420,0	560,0	1.328,9
Hans-Peter Schmid	500,0	19,2	140,0	659,2	140,0	420,0	560,0	1.219,2
Ralf Stemmer	600,0	17,7	140,0	757,7	140,0	420,0	560,0	1.317,7
Gesamt	4.400,0	164,0	1.039,9	5.603,9	1.039,9	3.119,6	4.159,5	9.763,4

Die Höhe der variablen Vergütung des Vorstandsmitglieds Schmid wurde korrigiert.

¹ Die Kurzfristkomponente II ist in virtuelle Aktien der Postbank (Phantom Shares) umgewandelt worden. Hierfür ist der Eurobetrag durch 21,00 €, den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Postbank am 15. März 2011, dividiert worden. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche 2012 zur Hälfte ausgezahlt (s. Vergütungstabelle 2011), die zweite Hälfte wird in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Die verbleibenden Tranchen werden bei erneutem Erfüllen der Nachhaltigkeitskriterien 2013 und 2014 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfallen die aufgeschobenen Tranchen der Langfristkomponente ersatzlos.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Storr und Strauß ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist

nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Dieser Versorgungsgrad wurde mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Aufgrund der Verlängerung des Vorstandsvertrags über das 65. Lebensjahr hinaus entsteht der Anspruch auf Ruhegeld wegen Alters erst mit Ablauf des Vorstandsvertrags.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Postbank für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände

eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für Herrn Dr. Meyer sind vertraglich Zuteilungen von Sonderbeiträgen vorgesehen. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p.a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungsgrad am 31.12.2011	Maximalversorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	%	%	€
Stefan Jütte	50	50,00	0
Dr. Mario Daberkow	52	60,00	146.008
Hans-Peter Schmid	52	60,00	268.394
Ralf Stemmer	54	60,00	90.735

	Beitragssumme für 2011	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2011	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	€	€	€
Marc Heß	150.000	1.259.613	184.118
Horst Küpker	150.000	702.871	152.267
Dr. Michael Meyer	225.000	1.004.048	113.701
Hanns-Peter Storr	124.980	131.229	0
Frank Strauß	75.000	77.250	0

Bei dem Vorstandsmitglied Dr. Meyer führen vertragliche Zuteilungen von Sonderbeiträgen zum Anstieg der Beitragssumme.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 2,77 Mio € (Vorjahr: 6,02 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 51,34 Mio € (Vorjahr: 47,54 Mio €).

VI. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4% der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Herr Steinmüller und Frau Heberling haben hierzu eine Verzichtserklärung gegenüber der Postbank abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 825,6 T€ (Vorjahr: 547,2 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2011 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2011			Vergütung für das Geschäftsjahr 2010		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	3,3	48,3	16,8	2,0	18,8
John Allan	–	3,3	3,3	–	–	–
Wilfried Anhäuser	22,5	26,5	49,0	22,5	3,3	25,8
Dr. Frank Appel	–	35,0	35,0	52,5	3,3	55,8
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5	3,5	26,0
Dr. Hugo Bänziger ²	–	–	–	–	–	–
Rolf Bauermeister	15,0	16,8	31,8	15,0	1,8	16,8
Wilfried Boysen	15,0	16,5	31,5	15,0	2,0	17,0
Henry B. Cordes	–	9,2	9,2	12,7	0,5	13,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	34,5	64,5	30,0	4,8	34,8
Annette Harms	15,0	16,8	31,8	15,0	1,8	16,8
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	15,0	1,5	16,5	7,6	1,3	8,9
Dr. Tessen von Heydebreck	27,1	18,6	45,7	22,5	1,8	24,3
Dr. Peter Hoch	30,0	35,3	65,3	30,0	4,0	34,0
Elmar Kallfelz	30,0	31,5	61,5	30,0	5,0	35,0
Prof. Dr. Ralf Krüger	22,5	27,3	49,8	22,5	3,5	26,0
Dr. Hans-Dieter Petram	8,9	18,7	27,6	22,5	1,3	23,8
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	1,5	1,5	–	–	–
Lawrence A. Rosen	15,0	6,4	21,4	15,0	1,8	16,8
Elmo von Schorlemer	–	1,5	1,5	–	–	–
Torsten Schulte	–	11,4	11,4	7,4	0,5	7,9
Michael Sommer	–	22,4	22,4	22,3	0,8	23,1
Eric Stadler	22,5	19,9	42,4	22,5	3,3	25,8
Werner Steinmüller ²	–	–	–	33,8	3,5	37,3
Gerd Tausendfreund	22,5	26,5	49,0	22,5	3,8	26,3
Renate Treis	30,0	27,4	57,4	30,0	3,0	33,0
Summe	388,5	437,1	825,6	490,6	56,6	547,2

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

² Nach Satzung der Postbank besteht auch für den Zeitraum nach Erreichen der Kapitalmehrheit ein Anspruch auf Vergütung; Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Herr Steinmüller und Frau Heberling haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Auszahlung der Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats­tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 26,2 T€, Herr Heider in Höhe von 19,5 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2011 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 506 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats­tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2011 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 766,8 T€ (Vorjahr: 863,1 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

VII. Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte zu Handelszwecken getätigt.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 295 Mrd € (Vorjahr: 811 Mrd €).

Auf der Folgeseite (Tabelle 1) sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf der Folgeseite erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Geschäfte mit Handelszweck wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Die derivativen Geschäfte im Handelsbestand der Postbank (Tabelle 4) werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet und bilanziert.

Tabelle 1	Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumene					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	274.782	749.957	7.645	23.581	-8.312	-25.424
FRAs	1.000	40.563	0	5	0	-9
Zinsoptionen						
Käufe (long)	689	690	44	10	-1	0
Verkäufe (short)	839	830	0	0	-80	-17
Caps, Floors	1.301	1.040	6	5	-6	-8
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	0	2.756	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	0	13	0	0	0	0
Insgesamt	278.611	795.849	7.695	23.601	-8.399	-25.458
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	10.129	10.518	60	72	-6	-44
Zins-Währungsswaps	6.031	4.199	138	118	-338	-158
Devisenoptionen						
Käufe (long)	0	10	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	14	0	0	0	0
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	16.160	14.741	198	190	-344	-202
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen						
Käufe (long)	0	0	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	46	119	2	4	0	0
Insgesamt	46	119	2	4	0	0
Kreditderivate						
Käufe	53	108	4	2	0	0
Verkäufe	90	278	0	0	-10	-130
Insgesamt	143	386	4	2	-10	-130
Gesamtbestand	294.960	811.095	7.899	23.797	-8.753	-25.790

Nominalbetrag in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	48.790	79.094	9.532	10.329	46	119	0	20
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51.880	83.153	2.362	1.472	0	0	45	24
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	72.898	265.060	3.850	2.529	0	0	98	189
mehr als 5 Jahre	105.043	368.542	416	411	0	0	0	153
Insgesamt	278.611	795.849	16.160	14.741	46	119	143	386

	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	293.417	809.092	7.798	23.709	-8.743	-25.658
Banken außerhalb der OECD	0	189	0	0	0	-127
Sonstige Kontrahenten	1.543	1.814	101	88	-10	-5
Insgesamt	294.960	811.095	7.899	23.797	-8.753	-25.790

	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Zinskontrakte	216.917	728.986	5.433	22.608	-5.547	-23.277
Währungskontrakte	8.182	2.483	29	28	-4	-27
Aktienkontrakte	0	14	0	1	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	225.099	731.483	5.462	22.637	-5.551	-23.304

VIII. Deckungsrechnung

- Register A und B: Emissionen nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG), abgelöst durch das Pfandbriefgesetz (PfandBG)
- Register C: Emissionen nach dem Gesetz über die Umwandlung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in eine Aktiengesellschaft (DSLBUmwG)
- Register D und E: Emissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG)

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2011 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2011 Mio €
Hypothekendarbriefe Register A			
Nennwert	25	6	19
Barwert	28	6	22
Öffentliche Darbriefe Register B			
Nennwert	728	572	156
Barwert	786	628	158
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	15.342	13.475	1.867
Barwert	16.993	15.869	1.124
Hypothekendarbriefe Register D			
Nennwert	8.355	7.159	1.196
Barwert	9.810	8.022	1.788
Öffentliche Darbriefe Register E			
Nennwert	2.776	1.898	878
Barwert	2.968	2.020	948

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €
Hypothekendarbriefe Register A			
Nennwert	876	10	866
Barwert	955	11	944
Öffentliche Darbriefe Register B			
Nennwert	908	669	239
Barwert	977	737	240
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	17.089	13.967	3.122
Barwert	18.382	15.564	2.818
Hypothekendarbriefe Register D			
Nennwert	7.820	5.716	2.104
Barwert	8.676	6.232	2.444
Öffentliche Darbriefe Register E			
Nennwert	2.713	1.948	765
Barwert	2.917	2.038	879

IX. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert 31.12.2011 Mio €	Nennwert 31.12.2010 Mio €	Barwert 31.12.2011 Mio €	Barwert 31.12.2010 Mio €	Risikobarwert* 31.12.2011 Mio €	Risikobarwert* 31.12.2010 Mio €
Deckungswerte **	8.355,5	7.820,2	9.810,2	8.675,8	9.203,9	8.131,5
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarlehen	7.158,5	5.715,5	8.021,7	6.232,2	7.606,6	5.920,1
Überdeckung in %	16,7	36,8	22,3	39,2	21,0	37,4

* dynamisches Verfahren

** einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert 31.12.2011 Mio €	Nennwert 31.12.2010 Mio €	Barwert 31.12.2011 Mio €	Barwert 31.12.2010 Mio €	Risikobarwert** 31.12.2011 Mio €	Risikobarwert** 31.12.2010*** Mio €
Deckungswerte *	2.776,4	2.712,6	2.968,1	2.916,8	2.868,2	2.782,5
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Pfandbriefe	1.898,0	1.948,0	2.020,4	2.038,2	1.958,3	1.958,3
Überdeckung in %	46,3	39,3	46,9	43,1	46,5	42,1

* einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

** dynamisches Verfahren

*** Vorjahreswert wegen geänderter gesetzlicher Vorgaben von Niedrigzins- auf Hochzins-szenario angepasst

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte*:

	Deckungswerte 31.12.2011 Mio €	Deckungswerte 31.12.2010 Mio €	Hypothekendarlehen 31.12.2011 Mio €	Hypothekendarlehen 31.12.2010 Mio €
bis zu 1 Jahr	449,7	673,7	0,0	100,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	496,6	447,9	1.500,0	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	667,4	469,0	1.010,0	1.500,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	480,9	565,8	1.000,0	1.010,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	350,4	557,1	40,0	1.000,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	3.700,7	3.197,2	2.476,0	1.391,0
über 10 Jahre	2.209,8	1.909,5	1.132,5	714,5
Summe	8.355,5	7.820,2	7.158,5	5.715,5

* einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte*:

	Deckungswerte		Öffentliche Pfandbriefe	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
bis zu 1 Jahr	267,1	676,0	158,0	50,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	269,9	56,4	25,0	158,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	630,6	269,9	1.500,0	25,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	310,4	341,3	0,0	1.500,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	363,7	664,5	10,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	825,7	441,8	95,0	105,0
über 10 Jahre	109,0	262,7	110,0	110,0
Summe	2.776,4	2.712,6	1.898,0	1.948,0

* einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen:

	Hypotheken- deckungswerte	Hypotheken- deckungswerte
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
bis einschließlich 300.000 €	7.864,6	6.736,8
mehr als 300.000 € bis einschließlich 5 Mio €	103,4	108,4
mehr als 5 Mio €	0,0	0,0
Summe	7.968,0	6.845,2

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die belehnten Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Summe	7.967,0	6.845,2	1,0	0,0

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Deutschland				
Wohnungen	2.214,3	2.130,5	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	5.167,7	4.163,1	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	585,0	551,6	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	0,0	0,1	0,0
Unfertige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,9	0,0
Summen Deutschland	7.967,0	6.845,2	1,0	0,0

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarlehen:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Summe	0,0	0,0

Weitere Deckungswerte

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Anteil weiterer Deckungswerte (§ 19 Abs.1)	387,5	975,0

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach der Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat):

	Öffentliche Deckungswerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	745,0	500,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	1.786,4	1.212,6
Summe Deutschland	2.531,4	1.712,6
Belgien		
Staat	0,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Belgien	0,0	200,0
Frankreich inkl. Monaco		
Staat	50,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Frankreich inkl. Monaco	50,0	200,0
EU Institutionen		
Staat	95,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	100,0	0,0
Summe EU Institutionen	195,0	0,0
Italien		
Staat	0,0	100,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Italien	0,0	100,0
Spanien		
Staat	0,0	100,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Spanien	0,0	100,0
Niederlande		
Staat	0,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Niederlande	0,0	200,0
Österreich		
Staat	0,0	200,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Österreich	0,0	200,0
Gesamtsumme	2.776,4	2.712,6

§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Summe	0,1	0,0

X. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Postbank in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Postbank gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

XI. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben gemeinsam am 29. November 2011 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Stefan Jütte, Bonn (Vorsitzender)	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	
Marc Heß, Bonn	
Horst Küpker, Bad Honnef	
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	seit 1. März 2011
Frank Strauß, Bad Nauheim	seit 1. Juli 2011

Mandate der Vorstandsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2011 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Stefan Jütte	Vorsitzender
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2011)	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. Juli 2011)	IVG Institutional Funds GmbH, Frankfurt am Main
Dr. Mario Daberkow	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Beirats (seit 6. Mai 2011)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 5. Mai 2011)	
Stv. Vorsitzender des Beirats	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Horst Küpker	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2011)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Dr. Michael Meyer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. August 2011)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2011)	
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 6. Mai 2011)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Vorsitzender des Beirats (bis 5. Mai 2011)	

Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	Proactiv Holding AG, Hilden
Mitglied des Beirats (seit 1. Juni 2011)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Wirtschaftsbeirats	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Board of Directors (bis 25. März 2011)	Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon/New Delhi (Indien)
---	---

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Beirats	Proactiv Holding AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 13. Mai 2011)	Postbank Immobilien und Bau- management GmbH, Bonn
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2011)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2011)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Hanns-Peter Storr	Mitglied des Vorstands seit 1. März 2011
-------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Frank Strauß	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2011
--------------	---

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. August 2011)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
--	------------------------------------

Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main
--------------------------------	---

Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
--------------------------------	------------------------

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. November 2011)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
--	-----------------------------

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. November 2011)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
--	-------------------------------

Mitglied des Board of Directors (seit 1. August 2011)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
---	--

Mitglied des Board of Directors (seit 1. August 2011)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
---	---

Der Aufsichtsrat der Postbank setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender seit 1. Januar 2011)	
Dr. Hugo Bänziger, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, London	seit 1. Februar 2011
Wilfried Boysen, Kaufmann, Hamburg	
Prof. Dr. Edgar Ernst, Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling, Vorsitzende der Geschäftsleitung Region Niederrhein Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft, Wuppertal	seit 24. Mai 2011
Dr. Tessen von Heydebreck, ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch, Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Hans-Dieter Petram, Privatier/Berater, Inning	bis 24. Mai 2011
Lawrence A. Rosen, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Werner Steinmüller, Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Betriebsratsmitglied Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Timo Heider, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse AG und Postbank Finanzberatung AG, Hameln	
Elmar Kallfelz, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2011 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske	Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 1. Januar 2011
--------------	---

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Dr. Hugo Bänziger	Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Februar 2011
-------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Clearing AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	EUREX Zürich AG, Zürich
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Corporation, New York

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 8. Juni 2011)	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Gildemeister AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 9. Februar 2011)	TUI AG, Berlin und Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2012)	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Hans-Dieter Petram

Mitglied des Aufsichtsrats
bis 24. Mai 2011

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Werner Steinmüller

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 1. August 2011)	Deutsche Bank Portugal S.A., Lissabon
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Timo Heider

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VWaG, Hameln

Elmar Kallfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 28. Februar 2011)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis

Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

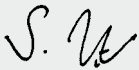
Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 14. Februar 2012

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte



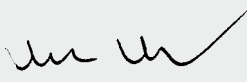
Dr. Mario Daberkow



Marc Heß




Horst Küpker



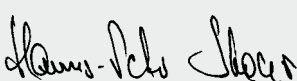
Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr



Frank Strauß

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 15. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz
EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion
Postbank
Investor Relations



Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktinzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Berichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

